

Arbeitsakte

Testakte – Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG

starug-schutzschirm-grossbach-druckguss-erfurt

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (4)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01_mandatsgrundlage.md

01 – Mandatsgrundlage

Aktenzeichen: 203 IN 71/26 SA / 203 RES 7/26 / 3 O 116/26

Mandantin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG, Anscharstraße 14, 99084 Erfurt

Kanzlei: Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

Sachbearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg, Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht

Datum: 22. April 2026

Vertraulichkeitsstufe: Anwaltlich privilegiert

1. Gegenstand des Mandats

Die Kanzlei Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt, wird von der Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG (nachfolgend „Mandantin“ oder „KG“) mit der umfassenden insolvenz- und sanierungsrechtlichen Beratung beauftragt. Gegenstand des Mandats sind:

1. **Sanierungsberatung** im Vorfeld einer möglichen Insolvenzantragstellung gemäß §§ 17–19 InsO, insbesondere Prüfung des Vorliegens drohender Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO) als Antragsvoraussetzung für das Schutzschirmverfahren.

2. **Schutzschirmverfahren** gemäß § 270d InsO beim Amtsgericht Erfurt: Vorbereitung und Einreichung des Antrags, Erstellung des Sanierungskonzepts i.S.d. IDW S 6, Vorschlag eines Sachwalters.

3. **StaRUG-Restrukturierungsplan:** Parallele Prüfung und ggf. Umsetzung eines Restrukturierungsplans außerhalb des Insolvenzverfahrens gemäß dem Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG), Anzeige der Restrukturierungssache beim AG Erfurt als Restrukturierungsgericht.

4. **Gläubigerverhandlungen:** Verhandlungsführung gegenüber der Sparkasse Mittelthüringen (Hauptgläubigerin, KK-Kredit 4,8 Mio. EUR), Aluminium Stade GmbH & Co. KG, Magnesium Manfred Voß KG sowie dem Finanzamt Erfurt.

5. **Insolvenzanfechtung:** Prüfung und ggf. gerichtliche Geltendmachung von Anfechtungsansprüchen nach §§ 129 ff. InsO, insbesondere Vorsatzanfechtung gemäß § 133 InsO hinsichtlich der Rückzahlung eines Gesellschafterdarlehens an Friedhelm Großbach (380.000 EUR, 18. Januar 2026) sowie der Bonuszahlung an Bertha Großbach-Riemenschneider (22.000 EUR).

6. **Krypto-Verwertung:** Beratung zur Verwertung von 8 BTC (Bitvavo-Wallet, Marktwert ca. 612.000 EUR) im Rahmen des Insolvenzverfahrens bzw. als Sanierungsbeitrag.

7. **Abwehr des Gläubigerantrags** der Magnesium Manfred Voß KG.

2. Mandantin – Kurzprofil

Merkmal	Details
Firma	Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG
Handelsregister	HRA 4471, Amtsgericht Erfurt
Sitz	Anscharstraße 14, 99084 Erfurt
Gründungsjahr	1962 (Familienunternehmen, 3. Generation)
Mitarbeiter	187 (Stand: April 2026)
Komplementärin	Großbach Verwaltungs-GmbH, HRB 7882, AG Erfurt
Geschäftsführer	Friedhelm Großbach (64), Senior-Kommanditist und alleiniger GF bis 2022
Junior-GF	Bertha Großbach-Riemenschneider (38), Tochter
Geschäftsfeld	Aluminium- und Magnesium-Druckguss, Präzisionsbearbeitung
Hauptkunden	Volkswagen Sachsen GmbH, MAN Steyr GmbH, ZF Sachsen GmbH, Siemens Mobility GmbH
Umsatz 2023	47,2 Mio. EUR
Umsatz 2024	39,8 Mio. EUR (geprüft)
Umsatz 2025	31,4 Mio. EUR (vorläufig, ungeprüft)

3. Auslöser der Krise

3.1 Strukturelle Krisenursachen

Die wirtschaftliche Schieflage der KG resultiert aus einem Zusammentreffen mehrerer exogener und struktureller Faktoren:

Energiekostenexplosion: Der Druckguss-Prozess ist energieintensiv (Aluminiumschmelze, Hochdruckgussmaschinen, Druckluftversorgung). Die Energiekosten der KG stiegen von 1,2 Mio. EUR (2021) auf 3,1 Mio. EUR (2024), ein Anstieg von rund 158 %. Trotz kurzfristiger Absicherung über Energielieferverträge (bis Q3/2024) konnten die gestiegenen Kosten nicht vollständig an die Kunden weitergegeben werden.

Volumeneinbruch durch E-Mobilitäts-Transition: Die Hauptabnehmer Volkswagen Sachsen und ZF Sachsen haben ihre Bestellvolumina für konventionelle Antriebskomponenten (Getriebegehäuse, Motorblockteile) seit 2023 schrittweise reduziert. Neue Aufträge im Bereich Batteriegehäuse und strukturelle Karosseriebauteile (Aluminium-Gussteile für E-Fahrzeuge) konnten den Rückgang nicht vollständig kompensieren.

Drohende Vertragsstrafe Siemens Mobility: Ein Rahmenliefervertrag mit Siemens Mobility GmbH über Präzisionsgussteile für Triebwerkskomponenten sieht eine Vertragsstrafe von bis zu 1,2 Mio. EUR vor bei Unterschreitung vereinbarter Liefertreue-KPIs (Pönale gemäß § 7 des Rahmenliefervertrags vom 12.03.2021). Aufgrund von Materialengpässen und Produktionsausfällen droht diese Vertragsstrafe ab Mai 2026 ausgelöst zu werden.

3.2 Auslöseereignis

15. April 2026: Die Sparkasse Mittelthüringen teilte der Mandantin per Schreiben mit, dass die Kontokorrentlinie (bislang 4,8 Mio. EUR) mit sofortiger Wirkung auf 2,0 Mio. EUR reduziert wird. Begründung: Überschreitung der vereinbarten Verschuldungsquoten gemäß Kreditvertrag, Vorlage des

vorläufigen Jahresabschlusses 2025 mit negativem EBITDA.

Gleichzeitig gingen Mahnschreiben der Hauptlieferanten ein:

- Aluminium Stadel GmbH & Co. KG: offene Verbindlichkeiten 890.000 EUR (Zahlungsziel überschritten um 47 Tage)
- Magnesium Manfred Voß KG: offene Verbindlichkeiten 340.000 EUR (Zahlungsziel überschritten um 61 Tage)

4. Sofortmaßnahmen der Kanzlei (22.–30. April 2026)

1. Akteneinsicht Handelsregister und Gesellschaftsvertrag
2. Anforderung und Prüfung der Buchhaltungsunterlagen 2024/2025
3. Liquiditätsstatus-Erhebung (Ist-Liquidität, 13-Wochen-Planung)
4. Rechtliche Prüfung der Insolvenzantragspflicht (§§ 17–19 InsO)
5. Sicherung der Kreditlinie durch Verhandlung mit Sparkasse Mittelthüringen
6. Erstberatung Geschäftsführung zu Haftungsrisiken (§ 15a InsO, § 826 BGB)
7. Interne Prüfung der Gesellschafterdarlehenstilgung (Friedhelm Großbach, 18.01.2026)

5. Mandatsbedingungen

- Honorar: Stundenhonorar 380 EUR/Stunde (RA Dr. Drosselberg), 220 EUR/Stunde (Associates)
- Vorschuss: 50.000 EUR, fällig 25.04.2026
- Haftungsbeschränkung: AGB der Kanzlei, Stand Januar 2026
- Interessenkonfliktprüfung: keine Mandatsverhältnisse mit Sparkasse Mittelthüringen oder den Lieferanten festgestellt

Erstellt: Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt | April 2026

Dieses Dokument ist anwaltlich privilegiert und vertraulich zu behandeln.

Datei: 02_erstberatungsnotiz.md

02 – Erstberatungsnotiz

Datum: 22. April 2026, 14:00–17:30 Uhr

Ort: Kanzlei Drosselberg & Partner, Juri-Gagarin-Ring 55, 99084 Erfurt

Teilnehmer Mandantseite: Friedhelm Großbach (GF), Bertha Großbach-Riemenschneider (Junior-GF), Dipl.-Kfm. Rainer Pabst (Prokurist/Leiter Rechnungswesen)

Teilnehmer Kanzlei: RA Dr. Maximilian Drosselberg, RAin Claudia Feuerbach (Associate)

Bearbeitung: RAin Claudia Feuerbach

Klassifizierung: Anwaltlich privilegiert – intern

1. Gesprächseröffnung und Überblick Krisenlage

Dr. Drosselberg eröffnete das Gespräch und dankte der Mandantin für das entgegengebrachte Vertrauen. Er betonte die Vertraulichkeit des Mandatsverhältnisses und erläuterte das anwaltliche Berufsgeheimnis.

Herr Friedhelm Großbach schilderte die Lage wie folgt (Zusammenfassung):

> „Wir sind seit über 60 Jahren hier in Erfurt tätig. Mein Vater hat das Unternehmen 1962 > gegründet, ich habe es 1988 übernommen. Wir haben Krisen überlebt – die Wende, die > Finanzkrise 2008. Aber diesmal ist es anders. Die Energie kostet uns fast das Dreifache > von 2021. Volkswagen Sachsen hat uns im Oktober 2023 mitgeteilt, dass sie ab 2025 > schrittweise von Verbrennern wegkommen und unsere Teile nicht mehr so oft brauchen. > Wir hatten keine Zeit, uns anzupassen. Und jetzt kommt die Sparkasse und sagt, die Linie > ist weg. Das ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.“

Bertha Großbach-Riemenschneider ergänzte, dass sie seit ihrer Berufung zur Mitgeschäftsführerin im Jahr 2022 versuche, das Unternehmen in Richtung neuer Märkte zu diversifizieren, aber die Umstrukturierung der Produktionsanlagen sei kapitalintensiv und die Banken hätten keine neuen Mittel bereitgestellt.

2. Finanzielle Lage (Stand 22. April 2026)

Dipl.-Kfm. Pabst überreichte folgende Unterlagen:

- Vorläufiger Jahresabschluss 2025 (ungeprüft)
- Kontoauszüge per 21. April 2026
- Offene-Posten-Liste (Verbindlichkeiten)
- Aktuelle Auftragsübersicht

Liquiditätsstatus per 21. April 2026 (Kurzfassung):

Position	Betrag (EUR)
Guthaben Girokonto (Sparkasse Mittelthüringen)	187.420
Guthaben Girokonto (Commerzbank)	43.100
Verfügbarer KK-Rahmen (nach Kürzung auf 2 Mio.)	312.000
Fällige Verbindlichkeiten (bis 30.04.2026)	1.487.000
Davon: Löhne und Gehälter April 2026	623.000
Davon: Aluminium Stade (Mahnung)	890.000
Davon: Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	(260.000)

Position	Betrag (EUR)
Unterdeckung (kurzfristig)	**ca. -944.480**

Ergebnis: Die KG kann ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten zum 30.04.2026 nicht vollständig bedienen. Drohende Zahlungsunfähigkeit gemäß § 18 InsO liegt nach erster Einschätzung vor. Eine tatsächliche Zahlungsunfähigkeit gemäß § 17 InsO ist noch nicht eingetreten, kann aber binnen weniger Wochen eintreten (kritische Schwelle: ca. 10 % der Gesamtverbindlichkeiten dauerhaft nicht erfüllbar).

3. Rechtliche Ersteinschätzung

3.1 Insolvenzantragspflicht

Dr. Drosselberg wies auf die Insolvenzantragspflicht gemäß § 15a InsO hin: Bei juristischen Personen (hier: Komplementär-GmbH) sind die Geschäftsführer ohne schuldhaftes Zögern, spätestens binnen drei Wochen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO) bzw. sechs Wochen nach Eintritt der Überschuldung (§ 19 InsO) verpflichtet, Insolvenzantrag zu stellen. Da derzeit noch keine vollständige Zahlungsunfähigkeit vorliegt, besteht noch Handlungsspielraum.

3.2 Handlungsoptionen

Dr. Drosselberg erläuterte drei Handlungsszenarien:

Option A – Schutzschirmverfahren (§ 270d InsO): Der Schuldner kann unter Eigenverwaltung mit Schutzschirm einen Insolvenzplan erarbeiten. Voraussetzung: Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO) oder Überschuldung (§ 19 InsO), aber noch keine eingetretene Zahlungsunfähigkeit. Vorteil: Schuldner bleibt handlungsfähig unter Aufsicht eines Sachwalters, Moratorium gegenüber vollstreckenden Gläubigern, bis zu drei Monate Zeit zur Planentwicklung.

Option B – StaRUG-Verfahren: Außergerichtliches Restrukturierungsverfahren ohne förmliche Insolvenz. Ermöglicht die gezielte Anpassung von Forderungen einzelner Gläubigergruppen. Voraussetzung: Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 32 StaRUG). Vorteil: Geringere Stigmatisierung, keine öffentliche Bekanntmachung erforderlich (ausgenommen bestimmte Stabilisierungsanordnungen).

Option C – Außergerichtliche Sanierung: Einigung mit Hauptgläubigern ohne Gerichtseteiligung. Nur realistisch, wenn alle wesentlichen Gläubiger kooperieren. Angesichts der angespannten Beziehung mit Magnesium Voß und der Haltung der Sparkasse derzeit unwahrscheinlich.

Empfehlung Drosselberg: Parallele Vorbereitung von Option A und B. Zunächst intensive Verhandlungen mit Sparkasse Mittelthüringen innerhalb der nächsten zwei Wochen. Falls keine Einigung, Einreichung des Schutzschirmantrags beim AG Erfurt.

4. Gesellschafterdarlehen – Erster Hinweis

Auf Nachfrage von Dr. Drosselberg räumte Friedhelm Großbach ein, dass er der KG im Jahr 2020 ein Darlehen über 600.000 EUR gewährt habe. Dieses Darlehen sei im Januar 2026 zu einem erheblichen Teil zurückgezahlt worden:

> „Ich hab im Januar 380.000 EUR zurückbekommen. Das war noch vor dem ganzen Ärger mit der > Sparkasse. Ich wusste nicht, dass das ein Problem sein könnte.“

Dr. Drosselberg notierte diesen Sachverhalt als **dringend prüfungsbedürftig** im Hinblick auf § 133 InsO (Vorsatzanfechtung) und § 135 InsO (Gesellschafterdarlehen). Einzelheiten werden in gesondertem Aktenstück dokumentiert (Aktenstück 09/20).

Ferner erwähnte Bertha Großbach-Riemenschneider, dass sie im Februar 2026 eine vertraglich vereinbarte Bonuszahlung von 22.000 EUR erhalten habe. Auch dies wurde als anfechtungsrelevant vorgemerkt.

5. Bitvavo-Wallet (Bitcoin)

Dipl.-Kfm. Pabst erwähnte auf Nachfrage, dass Friedhelm Großbach im Jahr 2022 auf Anraten eines Vermögensberaters 8 BTC als „Inflations-Hedge“ erworben habe. Diese Bitcoin befinden sich auf einer persönlichen Bitvavo-Wallet von Herrn Großbach. Aktueller Marktwert (22. April 2026): ca. 76.500 EUR/BTC × 8 = ca. 612.000 EUR.

Dr. Drosselberg wies darauf hin, dass im Falle eines förmlichen Insolvenzverfahrens geprüft werden müsse, ob diese Assets zur Insolvenzmasse gehören, insbesondere wenn die Bitcoin-Anschaffung aus Mitteln der KG finanziert worden sei oder andere Anknüpfungspunkte zur Masse bestünden.

6. Nächste Schritte (bis 06. Mai 2026)

Nr.	Maßnahme	Verantwortlich	Frist
1	Übergabe aller Buchhaltungsunterlagen 2024/2025 an Kanzlei	Pabst	24.04.2026
2	Anfordern IDW-S-6-fähiger Steuerberaterberichte	Pabst/GF	25.04.2026
3	Verhandlungsgespräch Sparkasse (Termin anfragen)	Drosselberg	23.04.2026
4	Prüfung Rückzahlung Gesellschafterdarlehen	Drosselberg/Feuerbach	30.04.2026
5	Liquiditätsplan 13-Wochen erstellen	Pabst + Kanzlei	28.04.2026
6	Sachwaltervorschlag vorbereiten	Drosselberg	05.05.2026

Notiz erstellt von: RAin Claudia Feuerbach, Drosselberg & Partner, Erfurt

Datum: 22. April 2026

Diese Erstberatungsnotiz ist vertraulich und unterliegt dem anwaltlichen Berufsgeheimnis.

Datei: 03_schutzschirmantrag_vorbereitung.md

03 – Schutzschirmverfahren § 270d InsO – Antragsvoraussetzungen und Vorbereitung

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Datum: 29. April 2026

Aktenzeichen: 203 IN 71/26 SA (vorläufig, nach Einreichung)

Klassifizierung: Anwaltlich privilegiert

1. Rechtliche Grundlagen des Schutzschirmverfahrens

Das Schutzschirmverfahren gemäß § 270d InsO ist eine besondere Form der vorläufigen Eigenverwaltung, die dem sanierungswilligen Schuldner ermöglicht, unter dem Schutz des Insolvenzgerichts und unter Aufsicht eines vorläufigen Sachwalters einen Insolvenzplan zu erarbeiten, ohne die Kontrolle über sein Unternehmen zu verlieren.

Rechtsgrundlagen:

- § 270d InsO: Schutzschirmverfahren (eingefügt durch das SanInsFoG vom 22.12.2020)
- § 270b InsO: Vorläufige Eigenverwaltung
- § 270a InsO: Eigenverwaltungsplanung
- § 56a InsO: Bestellung des vorläufigen Sachwalters
- §§ 217 ff. InsO: Insolvenzplan

Vgl. BGH, Beschluss vom 22.09.2016 – IX ZB 71/14 (zu Eigenverwaltungsvoraussetzungen):
<https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2016/09/ZB/IX-ZB-71-14.html>

2. Prüfung der Antragsvoraussetzungen

2.1 Antragsberechtigung (§ 270d Abs. 1 S. 1 InsO)

Das Schutzschirmverfahren steht dem Schuldner zu, der **nicht zahlungsunfähig** ist, aber entweder **drohend zahlungsunfähig** (§ 18 InsO) oder **überschuldet** (§ 19 InsO) ist.

Prüfungsergebnis für Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG:

Tatbestand	Prüfung	Ergebnis
Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO)	Liquiditätsstatus 22.04.2026: Zahlungslücke ca. 944 TEUR, aber noch nicht dauerhaft (> 10 % aller Verbindlichkeiten)	**Noch nicht eingetreten**
Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO)	13-Wochen-Planung zeigt ab KW 23/2026 negative Liquidität ohne neue Mittel	**Gegeben**
Überschuldung (§ 19 InsO)	Vorläufige Fortführungs-Bilanz: Eigenkapital ca. -2,1 Mio. EUR nach Abschreibung stiller Lasten	**Zusätzlich gegeben**

Fazit: Die Antragsvoraussetzungen liegen vor.

2.2 Sanierungsfähigkeit (§ 270d Abs. 1 S. 2 InsO)

Gemäß § 270d Abs. 1 S. 2 InsO muss der Schuldner zusammen mit dem Antrag eine

Bescheinigung einer in Insolvenzsachen erfahrenen Person vorlegen, aus der hervorgeht, dass:

- (a) der Schuldner nicht zahlungsunfähig ist,
- (b) die angestrebte Sanierung nicht offensichtlich aussichtslos ist.

Bescheinigung: RA Dr. Maximilian Drosselberg wird diese Bescheinigung als insolvenz- erfahrener Rechtsanwalt ausstellen (vgl. Aktenstück 04 – IDW-S-6-Auszug als fachliche Grundlage).

2.3 Sachwaltervorschlag (§ 270d Abs. 2 InsO)

Der Schuldner hat das Recht, eine geeignete Person als vorläufigen Sachwalter vorzuschlagen. Das Gericht ist an diesen Vorschlag gebunden, sofern die vorgeschlagene Person geeignet und nicht voreingenommen ist.

Vorgeschlagener Sachwalter: RA Dr. Henrik Sonnenschein, Fachanwalt für Insolvenzrecht, Magdeburg – keine Interessenkonflikte festgestellt, dem AG Erfurt bekannt und in Erfurt/ Thüringen als Insolvenzverwalter tätig.

3. Antragsinhalt

Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung mit Schutzschirm (§ 270d InsO) beim Amtsgericht Erfurt – Insolvenzgericht – wird folgende Elemente umfassen:

3.1 Antragsteil 1: Eigenantrag (§ 13 InsO)

- Antragsteller: Großbach Verwaltungs-GmbH als Komplementärin der KG, vertreten durch GF Friedhelm Großbach und Bertha Großbach-Riemenschneider
- Antragsgegner: kein (Eigenantrag)
- Antragsgrund: Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO), hilfsweise Überschuldung (§ 19 InsO)

3.2 Antragsteil 2: Antrag auf vorläufige Eigenverwaltung (§ 270b InsO)

- Eigenverwaltungsplan gemäß § 270a InsO (als Anlage)
- Eigenverwaltungsplanung: 90 Tage Schutzschirmfrist ab Antragstellung

3.3 Antragsteil 3: Schutzschirmantrag (§ 270d InsO)

- Bescheinigung RA Dr. Drosselberg (Anlage 1)
- IDW-S-6-Kurzgutachten (Anlage 2)
- 13-Wochen-Liquiditätsplan (Anlage 3)
- Sanierungskonzept (Kurzfassung, Anlage 4)
- Vorschlag Sachwalter Dr. Sonnenschein (Anlage 5)

3.4 Antragsteil 4: Antrag auf Vollstreckungsschutz (§ 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 InsO)

Antrag auf Einstellung aller laufenden Zwangsvollstreckungsmaßnahmen während des Schutzschirmverfahrens.

4. Zeitplan Antragsvorbereitung

Datum	Schritt
22.–28.04.2026	Erhebung Liquiditätsstatus, Buchhaltungsunterlagen
29.04.2026	Fertigstellung Eigenverwaltungsplan (§ 270a InsO)

Datum	Schritt
30.04.2026	Fertigstellung IDW-S-6-Kurzgutachten durch Drosselberg
02.05.2026	Unterschriften Geschäftsführung
05.05.2026	Einreichung Schutzschirmantrag beim AG Erfurt
06.05.2026	Erwarteter Eröffnungsbeschluss / Schutzschirmanordnung
07.05.2026	Bestellung vorläufiger Sachwalter Dr. Sonnenschein
05.08.2026	Ablauf der 3-monatigen Schutzschirmfrist (§ 270d Abs. 1 S. 3 InsO)

5. Auswirkungen auf Mitarbeiter und laufende Geschäfte

Die Einleitung des Schutzschirmverfahrens hat **keine unmittelbaren Auswirkungen** auf:

- Bestehende Arbeitsverhältnisse (§ 108 InsO: Arbeitsverhältnisse bestehen fort)
- Laufende Lieferverträge (kein automatisches Erlöschen, aber Kündigung durch Vertragspartner möglich)
- Bankkonten (werden unter Kontrolle des vorläufigen Sachwalters weitergeführt)

Insolvenzgeld: Ab Eröffnung des Insolvenzverfahrens haben Arbeitnehmer einen Anspruch auf Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit für die letzten drei Monate vor Verfahrens-eröffnung (§§ 165 ff. SGB III). Dies sichert die Lohnzahlungen für April–Juni 2026.

6. Kommunikationsstrategie

Dr. Drosselberg empfiehlt folgende gestaffelte Kommunikation:

1. **Vorab-Information Sparkasse** (01.05.2026, bilateral, vertraulich)
2. **Information Belegschaft** durch GF am Tag der Antragseinreichung (05.05.2026)
3. **Pressemitteilung** (knapp, sachlich): Sanierungsverfahren eingeleitet, Betrieb wird uneingeschränkt fortgeführt
4. **Direktansprache Hauptkunden** (VW Sachsen, MAN Steyr, ZF, Siemens Mobility) durch Friedhelm Großbach und Bertha Großbach-Riemenschneider am 05./06.05.2026

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt, 29. April 2026

Datei: 04_idw_s6_bericht_auszug.md

04 – IDW S 6 – Sanierungskonzept (Bericht-Auszug)

Auftraggeber: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG

Erstellt durch: Drosselberg & Partner Insolvenzrecht i.V.m. WSP Wirtschaftsprüfung Erfurt GmbH

Datum: 02. Mai 2026

Standard: IDW Standard: Anforderungen an Sanierungskonzepte (IDW S 6), Stand 16.09.2022

Verwendungszweck: Anlage zum Schutzschirmantrag § 270d InsO, AG Erfurt, 203 IN 71/26 SA

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht stellt einen **Auszug** des vollständigen Sanierungskonzepts nach IDW S 6 dar. Er enthält die für das Schutzschirmverfahren relevanten Teile, insbesondere die Feststellungen zur Sanierungsfähigkeit und die wesentlichen Sanierungsmaßnahmen.

Das vollständige Gutachten umfasst 87 Seiten nebst Anlagen und steht dem Gericht und dem Sachwalter auf Anforderung vollständig zur Verfügung.

1. Auftragsumfang und Vorgehensweise (IDW S 6, Abschn. 2)

1.1 Auftrag

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht wurde am 22. April 2026 von der Mandantin beauftragt, ein Sanierungskonzept gemäß IDW S 6 zu erstellen. Die wirtschaftsprüferischen Teile (Jahresabschlussanalyse, integrierte Planung) wurden durch WSP Wirtschaftsprüfung Erfurt GmbH (WP Hans-Dieter Kleemann) durchgeführt.

1.2 Unterlagen

Folgende Unterlagen wurden zur Verfügung gestellt und ausgewertet:

- Jahresabschlüsse 2021–2024 (geprüft durch Steuerberatungsgesellschaft Rohland & Schüßler)
- Vorläufiger Jahresabschluss 2025 (ungeprüft, Management-Fassung)
- BWA Januar–März 2026
- Kontoauszüge und Kreditunterlagen
- Rahmenlieferverträge mit VW Sachsen, MAN Steyr, ZF Sachsen, Siemens Mobility
- Organigramm und Personalplanung

1.3 Vorgehensweise

- Befragung der Geschäftsführung (22. April 2026)
- Analyse der Jahresabschlüsse 2021–2025 (Trend- und Kennzahlenanalyse)
- Erstellung eines integrierten Finanzplans (GuV, Bilanz, Liquidität, 3 Szenarien)
- Branchenvergleich und Krisenursachenanalyse
- Identifikation und Bewertung von Sanierungsmaßnahmen

2. Darstellung des Unternehmens (IDW S 6, Abschn. 3)

2.1 Unternehmensprofil

Die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG ist ein mittelständischer Hersteller von Präzisions-Druckgussteilen aus Aluminium- und Magnesiumlegierungen mit Sitz in Erfurt. Das Unternehmen bedient in erster Linie die Automobilzulieferindustrie sowie den Maschinenbau.

Kerndaten:

Kennzahl	2021	2022	2023	2024	2025 (vorl.)
Umsatz (Mio. EUR)	43,1	45,8	47,2	39,8	31,4
EBITDA (Mio. EUR)	4,2	3,9	3,6	0,8	-1,4
EBITDA-Marge (%)	9,7 %	8,5 %	7,6 %	2,0 %	-4,5 %
Eigenkapital (Mio. EUR)	8,1	8,6	7,9	6,4	4,2
Nettoverschuldung (Mio. EUR)	6,2	7,1	8,4	9,7	11,3
Mitarbeiter (Ø)	201	198	192	189	187

2.2 Krisenursachen (IDW S 6, Abschn. 3.4)

Stagflations- und Energiekrise (exogen): Der Anstieg der Gaspreise und Strompreise seit 2021 hat die variablen Produktionskosten signifikant erhöht. Der Druckgussprozess erfordert konstante Hochtemperaturschmelzen (Aluminium: ca. 700°C, Magnesium: ca. 650°C) sowie energieintensive Druckluftversorgung. Die Energiekosten stiegen von 1,2 Mio. EUR (2021) auf 3,1 Mio. EUR (2024).

Strukturelle Transformation Automobilindustrie (exogen/strukturell): Der Übergang zu Elektrofahrzeugen hat die Nachfrage nach klassischen Antriebskomponenten (Getriebegehäuse, Ölwannen, Motorlager) reduziert. VW Sachsen hat Bestellvolumina um ca. 38 % reduziert (2021–2025). ZF Sachsen folgte mit ca. 29 % Reduktion.

Investitionsstau (endogen): Die KG hat in den Jahren 2020–2023 notwendige Ersatzinvestitionen in Druckgussmaschinen teilweise aufgeschoben (Investitionsrückstand ca. 4,5 Mio. EUR). Dies führte zu erhöhten Ausschussraten und Liefertreue-Problemen.

Finanzielle Schieflage (Folgewirkung): Die operativen Verluste 2025 von ca. 1,4 Mio. EUR EBITDA-Defizit haben die Liquiditätspuffer aufgezehrt. Die KK-Kürzung der Sparkasse hat die kritische Situation akut werden lassen.

3. Krisenstadium und Insolvenzstatbestände (IDW S 6, Abschn. 4)

3.1 Krisenstadium

Nach dem Krisenphasenmodell von IDW S 6 befindet sich die KG im Stadium der

Liquiditätskrise mit Übergang zur **Insolvenzreife**:

- Strategische Krise: ab 2021 (E-Mobility-Transition erkannt, Reaktion unzureichend)
- Erfolgskrise: ab 2024 (EBITDA annähernd null)
- Liquiditätskrise: ab 15. April 2026 (KK-Kürzung Sparkasse)

3.2 Insolvenzstatbestände

Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO): JA. Gemäß integriertem Finanzplan wird die KG ohne externe Sanierungsmaßnahmen binnen 12 Wochen zahlungsunfähig. Der Saldo der prognostizierten Einzahlungen und Auszahlungen weist ab KW 23/2026 eine kumulative Unterdeckung auf.

Überschuldung (§ 19 InsO): GRENZWERTIG. Unter Fortführungswerten (going concern) ist die Überschuldung noch nicht eingetreten. Unter Zerschlagungswerten ergibt sich eine Überschuldung von ca. 2,1 Mio. EUR. Die Fortführungsprognose ist positiv, sofern der Sanierungsplan umgesetzt wird.

4. Sanierungskonzept – Wesentliche Maßnahmen (IDW S 6, Abschn. 5)

4.1 Sofortmaßnahmen (Liquiditätssicherung)

Maßnahme	Effekt (EUR)	Zeitraum
Verkauf nicht betriebsnotwendiger Maschinen (3 ältere Druckgussanlagen)	1.200.000	Mai–Juni 2026
Factoring-Vereinbarung mit Eurofactor GmbH (Debitoren-Vorfinanzierung)	800.000	ab Mai 2026
Stundungsvereinbarung Aluminium Stadel (6 Monate, 0 % Zins)	Liquiditätsschonung 890.000	Mai 2026
Kündigung nicht wesentlicher Leasingverträge (5 Fahrzeuge, 2 Flurförderzeuge)	67.000 p.a.	Mai 2026
Inanspruchnahme Insolvenzgeld (Lohnfortzahlung 3 Monate durch BA)	1.869.000	Mai–Juli 2026

4.2 Operative Sanierungsmaßnahmen

Maßnahme	Einsparung/Ertrag p.a.	Zeitraum
Energiekostenoptimierung (Wechsel Energieversorger, Eigenstrom PV-Anlage)	480.000	ab Q4/2026
Personalanpassung (Reduzierung auf 162 MA, Sozialplan)	910.000	bis Ende 2026
Kurzarbeit in Übergangsphase (Ca. 40 MA, 6 Monate)	340.000	Mai–Oktober 2026
Verhandlung Siemens-Pönale (Anpassung Lieferziele)	max. 1.200.000	bis Juni 2026
Neukundenakquisition Batterie-/Strukturteile (Kontakte CATL, Webasto)	2.500.000 (ab 2027)	ab Q3/2026

4.3 Finanzielle Sanierungsmaßnahmen

Maßnahme	Betrag (EUR)
Debt-to-Equity-Swap durch Sparkasse Mittelthüringen (Wandlung 2 Mio. EUR Kredit)	2.000.000
Rangrücktritt Restforderung Sparkasse (2,8 Mio. EUR) bis 2029	2.800.000
Forderungsverzicht Aluminium Stade (25 % = 222.500 EUR)	222.500
Forderungsverzicht Magnesium Voß (20 % = 68.000 EUR)	68.000
Gesellschaftereinlage Großbach-Familie (aus Privatvermögen inkl. BTC-Verwertung)	600.000

5. Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit

Sanierungsfähigkeit (IDW S 6, Rz. 96 ff.): Das Unternehmen ist nach den vorliegenden Analysen sanierungsfähig. Die wesentliche Sanierungslücke (ca. 4,5 Mio. EUR) kann durch Kombination der oben genannten Maßnahmen geschlossen werden. Der Sanierungsplan führt unter dem Basisszenario ab 2027 wieder zu positiven Cashflows.

Sanierungswürdigkeit: Das Unternehmen ist sanierungswürdig: 187 Arbeitsplätze werden gesichert, die regionale Wirtschaftsbedeutung (Erfurt, Thüringen) ist erheblich; das Unternehmen liefert systemrelevante Komponenten für die regionale Automotive-Industrie.

6. Integrierter Sanierungsfinanzplan (3-Szenarien, Zusammenfassung)

Szenario	EBITDA 2026	EBITDA 2027	EBITDA 2028	Liquidität per 31.12.2026
Optimistisch	+0,8 Mio. EUR	+3,1 Mio. EUR	+4,2 Mio. EUR	+1,4 Mio. EUR
Basis	-0,3 Mio. EUR	+1,9 Mio. EUR	+3,1 Mio. EUR	+0,6 Mio. EUR
Pessimistisch	-1,2 Mio. EUR	+0,4 Mio. EUR	+1,8 Mio. EUR	-0,2 Mio. EUR

Im pessimistischen Szenario wäre eine Nachfinanzierung von ca. 0,5 Mio. EUR erforderlich.

Bericht erstellt gemäß IDW S 6 (Stand 16.09.2022)

RA Dr. Maximilian Drosselberg, Drosselberg & Partner, Erfurt

Datei: 05_starug_plan_entwurf.md

05 – StaRUG-Restrukturierungsplan (Planentwurf)

Mandantin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG

Restrukturierungsgericht: AG Erfurt, Aktenzeichen 203 RES 7/26

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Datum: 08. Mai 2026

Verfahrensgrundlage: Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG) vom 22.12.2020 (BGBl. I S. 3256)

Vorbemerkung

Der vorliegende Restrukturierungsplan nach §§ 2 ff. StaRUG ist als alternatives oder komplementäres Instrument zum Schutzschirmverfahren nach § 270d InsO erarbeitet worden. Er richtet sich an die wesentlichen Gläubiger der Mandantin und sieht gezielte Eingriffe in deren Forderungen vor, ohne dass ein förmliches Insolvenzverfahren eingeleitet werden muss.

Sollte der Schutzschirmantrag beim AG Erfurt (203 IN 71/26 SA) erfolgreich sein, wird dieser StaRUG-Plan als Grundlage des Insolvenzplans verwendet. Anderenfalls kann der StaRUG-Plan selbstständig beim Restrukturierungsgericht (AG Erfurt, 203 RES 7/26) zur Bestätigung vorgelegt werden.

Teil A – Darstellender Teil (§ 6 StaRUG)

A.1 Lage des Unternehmens

Kurzdarstellung: Die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG befindet sich infolge struktureller Marktveränderungen in der Automobilindustrie sowie einer Energiekostenkrise in einer drohenden Zahlungsunfähigkeit im Sinne des § 32 StaRUG. Die Mandantin hat gemäß § 31 Abs. 1 StaRUG die Restrukturierungssache beim Amtsgericht Erfurt als Restrukturierungsgericht angezeigt (Anzeige vom 05. Mai 2026, Aktenzeichen 203 RES 7/26).

Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 32 StaRUG): Die Planbescheinigung gemäß § 76 StaRUG liegt vor. Sie bestätigt, dass die Restrukturierungsmaßnahmen geeignet sind, die drohende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen und die Bestandsfähigkeit des Unternehmens auf Dauer herzustellen.

A.2 Betroffene Gläubiger und Gläubigergruppen

Gemäß §§ 7–8 StaRUG werden nur die Forderungen einbezogen, die nach dem Plankonzept einer Änderung bedürfen. Nicht einbezogen werden Forderungen, die unstreitig und vollständig befriedigt werden können (namentlich: Arbeitnehmer, Lieferanten mit Kleinforderungen < 5.000 EUR).

Gruppe 1 – Gesicherte Kreditgläubiger: Sparkasse Mittelthüringen (besicherter Kredit 4,8 Mio. EUR, Sicherheiten: Grundschuld auf Betriebsgrundstück Erfurt, Sicherungsübereignung Maschinenpark)

Gruppe 2 – Großlieferanten (ungesichert): Aluminium Stade GmbH & Co. KG (890.000 EUR), Magnesium Manfred Voß KG (340.000 EUR)

Gruppe 3 – Öffentliche Gläubiger: Finanzamt Erfurt (Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, Lohnsteuer: zusammen ca. 312.000 EUR)

Gruppe 4 – Gesellschafterdarlehen (nachrangig, § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO analog): Friedhelm Großbach (Restdarlehen nach Teilrückzahlung: 220.000 EUR)

A.3 Vergleichsrechnung (§ 6 Abs. 2 StaRUG)

Ohne Plan (Regelinsolvenz – Zerschlagungsszenario):

Gläubigergruppe	Gesamtforderung	Quote	Erlös
Gruppe 1 (Sparkasse, gesichert)	4.800.000 EUR	71 %	3.408.000 EUR
Gruppe 2 (Großlieferanten)	1.230.000 EUR	4 %	49.200 EUR
Gruppe 3 (Finanzamt)	312.000 EUR	4 %	12.480 EUR
Gruppe 4 (Gesellschaft erdarlehen)	220.000 EUR	0 %	0 EUR

Mit Plan (Restrukturierungsszenario):

Gläubigergruppe	Gesamtforderung	Maßnahme	Planquote
Gruppe 1 (Sparkasse)	4.800.000 EUR	Teilwandlung 2 Mio. EUR in EK; Rangrücktritt 1,6 Mio. EUR; Rückzahlung 1,2 Mio. EUR bis 2028	100 % (in Form)
Gruppe 2 (Lieferanten)	1.230.000 EUR	25 % Verzicht; 75 % in 18 Raten	75 %
Gruppe 3 (Finanzamt)	312.000 EUR	Stundung 12 Monate, vollständige Rückzahlung	100 % (zeitl. gestreckt)
Gruppe 4 (Gesellschaft erdarlehen)	220.000 EUR	Vollständiger Rangrücktritt bis 2030	0 % (bis 2030)

Teil B – Gestaltender Teil (§ 7 StaRUG)

B.1 Planregelungen für Gruppe 1 (Sparkasse Mittelthüringen)

- Debt-to-Equity-Swap:** Die Sparkasse wandelt eine Teilforderung von 2.000.000 EUR in eine stille Beteiligung an der KG um. Die stille Beteiligung ist ab 2030 rückkaufbar zum Nominalwert zzgl. 3 % p.a. Verzinsung.
- Rangrücktritt:** Die verbleibende Forderung von 1.600.000 EUR tritt im Rang hinter alle übrigen Gläubiger zurück bis zum 31.12.2029.
- Planmäßige Tilgung:** Die verbleibende gesicherte Restforderung von 1.200.000 EUR wird in vier Jahresraten zu je 300.000 EUR getilgt (2027–2030).
- Zinsen:** Während der Planphase (2026–2028) werden Zinsen auf die gesicherte Restforderung

auf 1,5 % p.a. reduziert.

B.2 Planregelungen für Gruppe 2 (Großlieferanten)

1. **Aluminium Stade:** Forderungsverzicht auf 25 % der Hauptforderung (222.500 EUR); verbleibende 667.500 EUR in 18 monatlichen Raten ab 01.07.2026; keine Zinsen in Planphase.
2. **Magnesium Voß:** Forderungsverzicht auf 20 % (68.000 EUR); verbleibende 272.000 EUR in 12 monatlichen Raten ab 01.07.2026; keine Zinsen.

B.3 Planregelungen für Gruppe 3 (Finanzamt Erfurt)

Stundung der gesamten Steuerrückstände (312.000 EUR) für 12 Monate ab 01.06.2026; anschließend vollständige Rückzahlung in zwölf Monatsraten.

B.4 Planregelungen für Gruppe 4 (Gesellschafterdarlehen Friedhelm Großbach)

Vollständiger Rangrücktritt des Restdarlehens (220.000 EUR) bis zum 31.12.2030. Im Gegenzug verzichtet die Masse auf etwaige Anfechtungsansprüche hinsichtlich der Darlehenstilgung vom 18.01.2026, soweit kein Vorsatz nachgewiesen wird (Vergleichs- lösung, vorbehaltlich Zustimmung des Sachwalters).

Teil C – Anlagen zum Restrukturierungsplan

1. Anlage 1: Integrierter Finanzplan 2026–2030 (GuV, Bilanz, Cashflow)
2. Anlage 2: 13-Wochen-Liquiditätsplan (vgl. [xlsx/liquiditaetsplan_13wochen.xlsx](#))
3. Anlage 3: Planbescheinigung RA Dr. Drosselberg gemäß § 76 StaRUG
4. Anlage 4: Gesellschafterbeschluss (Zustimmung Kommanditisten zur Planeinreichung)
5. Anlage 5: IDW-S-6-Gutachten-Auszug (vgl. Aktenstück 04)
6. Anlage 6: Unternehmensbewertung (Ertragswertmethode, vereinfacht)

Teil D – Planauszug – Abstimmungsverfahren (§§ 24–26 StaRUG)

Das Abstimmungsverfahren über den Restrukturierungsplan soll als **Erörterungs- und Abstimmungstermin** vor dem Restrukturierungsgericht AG Erfurt (203 RES 7/26) stattfinden.

Geplanter Termin: 15. Juli 2026, 10:00 Uhr, AG Erfurt, Saal 214

Erforderliche Mehrheiten (§ 25 StaRUG): Jede Gruppe stimmt gesondert ab. Innerhalb jeder Gruppe: Mehrheit der Stimmrechte (kopfmäßig) UND Summe der zustimmenden Forderungen > 75 % der Gesamtforderungen der Gruppe.

Cross-Class Cram-Down (§ 26 StaRUG): Falls eine Gruppe nicht zustimmt (insbesondere Magnesium Voß), kann das Gericht den Plan auf Antrag bestätigen, sofern die ablehnende Gruppe durch den Plan nicht schlechter gestellt wird als ohne Plan (kein-schlechter-Stellen-Grundsatz) und die Mehrheit der Gruppen zugestimmt hat.

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Juri-Gagarin-Ring 55, 99084 Erfurt

8. Mai 2026 – Entwurf – Noch nicht eingereicht

06 – Anzeige der Restrukturierungssache (§ 31 StaRUG)

An: Amtsgericht Erfurt – Restrukturierungsgericht – Domplatz 1, 99084 Erfurt

Von: RA Dr. Maximilian Drosselberg, Drosselberg & Partner Insolvenzrecht Juri-Gagarin-Ring 55, 99084 Erfurt

In Sachen: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG ./ Gläubiger

Datum der Anzeige: 05. Mai 2026

Aktenzeichen Gericht: 203 RES 7/26 (nach Eingang zugewiesen)

Anzeige gemäß § 31 Abs. 1 StaRUG

Hiermit zeige ich namens und in Vollmacht der Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG (nachfolgend „Schuldnerin“), vertreten durch die Komplementärin Großbach Verwaltungs-GmbH, Geschäftsführer Friedhelm Großbach und Bertha Großbach-Riemenschneider, die Inanspruchnahme des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens nach dem Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (StaRUG) an.

Angaben gemäß § 31 Abs. 2 StaRUG

1. Name und Anschrift der Schuldnerin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG
Anscharstraße 14 99084 Erfurt Handelsregister: HRA 4471, AG Erfurt

2. Zuständiges Restrukturierungsgericht: Amtsgericht Erfurt (Zuständigkeit: Sitz der Schuldnerin in Erfurt, § 35 StaRUG)

3. Begründung der Zuständigkeit: Der Sitzungssitz und der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen (COMI) der Schuldnerin befinden sich in 99084 Erfurt. Die Schuldnerin betreibt dort ihren Produktionsbetrieb und hat dort ihren Verwaltungssitz.

4. Angaben zur drohenden Zahlungsunfähigkeit: Die Schuldnerin ist drohend zahlungsunfähig im Sinne von § 32 StaRUG i.V.m. § 18 InsO. Dies ergibt sich aus dem beigefügten integrierten Finanzplan (Anlage 1), der für die nächsten 24 Monate erstellt wurde. Ohne Restrukturierungsmaßnahmen wird die Schuldnerin voraussichtlich im Laufe des 3. Quartals 2026 zahlungsunfähig.

5. Angestrebte Restrukturierungsinstrumente (§ 29 StaRUG):

Die Schuldnerin beabsichtigt, folgende Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens in Anspruch zu nehmen:

a) **Restrukturierungsplan gemäß §§ 2–72 StaRUG** – Der Planentwurf ist in Vorbereitung und wird dem Gericht binnen vier Wochen vorgelegt.

b) **Stabilisierungsanordnung gemäß §§ 49–59 StaRUG** – Beantragt wird eine Vollstreckungssperre (§ 49 Abs. 1 Nr. 1 StaRUG) zum Schutz vor Zwangsvollstreckungen durch die Gläubiger Aluminium Stade GmbH & Co. KG und Magnesium Manfred Voß KG, die Drohungen hinsichtlich Zwangsvollstreckungsmaßnahmen geäußert haben.

c) **Planbegleitende Vorprüfung gemäß § 46 StaRUG** – Die Schuldnerin beantragt die gerichtliche Vorprüfung des Restrukturierungsplans hinsichtlich der Voraussetzungen für eine Planbestätigung nach § 74 StaRUG.

6. Planbescheinigung: Die Planbescheinigung gemäß § 76 StaRUG wird durch RA Dr. Maximilian Drosselberg als Restrukturierungsberater ausgestellt. Eine vorläufige Bescheinigung liegt als Anlage 2 bei.

7. Betroffene Gläubiger:

- Sparkasse Mittelthüringen (Kredit 4,8 Mio. EUR, Gruppe 1)
- Aluminium Stadel GmbH & Co. KG (890.000 EUR, Gruppe 2)
- Magnesium Manfred Voß KG (340.000 EUR, Gruppe 2)
- Finanzamt Erfurt (312.000 EUR, Gruppe 3)
- Friedhelm Großbach (Gesellschafterdarlehen 220.000 EUR, Gruppe 4)

8. Erklärung der Schuldnerin: Die Schuldnerin erklärt, dass sie nicht zahlungsunfähig ist und keine Insolvenzantragspflicht nach § 15a InsO besteht. Die Restrukturierungssache wird in eigenem Ermessen und mit dem Ziel der nachhaltigen Sanierung betrieben.

Anlagen

1. Integrierter Finanzplan 2026–2028 (Cashflow-Planung)
2. Vorläufige Planbescheinigung RA Dr. Drosselberg
3. Vollmacht der Geschäftsführung
4. Handelsregisterauszug (aktuell)

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht RA Dr. Maximilian Drosselberg Juri-Gagarin-Ring 55, 99084 Erfurt Tel.: 0361 / 430 87-0 dr.drosselberg@drosselberg-partner.de

Erfurt, 05. Mai 2026

(eigenhändig unterzeichnet – Originalunterschrift auf Papierversion)

Datei: 07_glaeubigerverhandlung_notizen.md

07 – Gläubigerverhandlung – Notizen und Strategie

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg / RAin Claudia Feuerbach

Datum: 12. Mai 2026

Klassifizierung: Intern – Anwaltlich privilegiert

1. Überblick Gläubigerstruktur

1.1 Gesicherte Gläubiger

Sparkasse Mittelthüringen (Hauptgläubigerin)

- Gesamtforderung: 4.800.000 EUR
- Sicherheiten: Grundschuld Betriebsgrundstück Erfurt (Wert: ca. 3,2 Mio. EUR nach Gutachten), Sicherungsübereignung Maschinenpark (Wert: ca. 1,8 Mio. EUR), Bürgschaft Friedhelm Großbach (persönlich, max. 1,5 Mio. EUR)

- Ansprechpartner: Herr Hendrik Krause, Firmenkundenbetreuer Mittelthüringen
- Vorläufige Haltung: Abwartend; Schreiben vom 15.04.2026 zeigt Bereitschaft zur Verhandlung, aber Forderung nach Vorlage eines Sanierungskonzepts bis 15.05.2026

1.2 Ungesicherte Großgläubiger

Aluminium Stade GmbH & Co. KG (Rohstofflieferant)

- Gesamtforderung: 890.000 EUR (47 Tage überfällig)
- Rechtliche Vertretung: RA Christian Lauterbach, Hamburg
- Haltung: Kooperationsbereit unter Bedingungen (Ratenzahlung), hat aber angedroht, bei Scheitern der Gespräche einen Insolvenzantrag zu erwägen
- Wichtig: Aluminium Stade ist strategisch wichtig als Hauptlieferant; ein Lieferausfall würde die Produktion sofort zum Erliegen bringen

Magnesium Manfred Voß KG (Rohstofflieferant)

- Gesamtforderung: 340.000 EUR (61 Tage überfällig)
- Keine anwaltliche Vertretung (Inhaber Manfred Voß handelt selbst)
- Haltung: Aggressiv; hat Gläubigerantrag gem. § 14 InsO schriftlich angedroht (vgl. Aktenstück 12); keine Stundungsbereitschaft erkennbar
- Risikobewertung: HOCH (Antragsgefahr)

Finanzamt Erfurt

- Gesamtforderung: ca. 312.000 EUR (Umsatzsteuer Q4/2025, Körperschaftsteuer 2024, Lohnsteuer März–April 2026)
- Ansprechpartner: RR Stefan Neubauer, Sachgebiet Vollstreckung
- Haltung: Grundsätzlich zur Stundung bereit, wenn Nachweis Sanierungskonzept; keine Verzichtsmöglichkeit (öffentlich-rechtliche Bindung), aber Stundung bis 24 Monate möglich

2. Verhandlungsstrategie

2.1 Grundprinzipien

Dr. Drosselberg hat folgende Verhandlungsstrategie erarbeitet:

Sequenzierung: Sparkasse zuerst (größter Gläubiger, entscheidend für Plan-Finanzierung), danach Aluminium Stade (strategisch wichtig), danach Finanzamt (unkritischer, da keine Insolvenzantragsberechtigung gemäß § 14 InsO analog), zuletzt Magnesium Voß (aggressiv, aber wirtschaftlich am wenigsten bedeutsam).

Verhandlungsrahmen: Das Ziel der vollständigen Gläubigerbefriedigung im Sinne der Regelinsolvenz (Quote ca. 4 %) wird dem Verhandlungsrahmen gegenübergestellt: Im Planverfahren erhalten alle Gläubiger mehr als in der Liquidation.

BATNA (Best Alternative to Negotiated Agreement):

- Für Sparkasse: Zwangsversteigerung Betriebsgrundstück und Sicherheitsverwertung → Erlös geschätzt 3,2–3,8 Mio. EUR bei Zeitkosten; ein Debt-to-Equity-Swap ermöglicht 100 % Rückfluss

- Für Aluminium Stade: 4 % Insolvenzquote vs. 75 % im Plan – klare Überlegenheit des Plans
- Für Magnesium Voß: 4 % Insolvenzquote vs. 80 % im Plan
- Für Finanzamt: Vollständige Rückzahlung (gestreckt) vs. Teilausfall

2.2 Verhandlungsangebote nach Gläubiger

Sparkasse Mittelthüringen:

- Angebot 1 (Maximalziel): Debt-to-Equity-Swap 2 Mio. EUR; Rangrücktritt 1,6 Mio. EUR; Rückzahlung 1,2 Mio. EUR in 4 Jahresraten; Zinssatz: 1,5 % p.a. auf gesicherten Rest
- Angebot 2 (Mindest): Kein DtE-Swap; Rangrücktritt 2,8 Mio. EUR; Rückzahlung 2,0 Mio. EUR in 4 Jahresraten; Zinssatz: 2,5 % auf gesicherten Rest
- Rote Linie: Keine Rückzahlung > 2,0 Mio. EUR innerhalb von 48 Monaten

Aluminium Stade:

- Angebot 1: 30 % Verzicht, 70 % in 24 Monatsraten, Liefervertrag verlängern auf 3 Jahre
- Angebot 2: 20 % Verzicht, 80 % in 18 Monatsraten
- Argument: Aluminium Stade bleibt Hauptlieferant und sichert so das laufende Geschäft

Magnesium Voß:

- Angebot 1: 25 % Verzicht, 75 % in 12 Monatsraten + Einkaufsgarantie 2026/2027
- Angebot 2: 100 % Rückzahlung in 6 Monatsraten (mit Vorauszahlung 100 TEUR sofort aus der Insolvenzgeldmasse)
- Taktik: Zuerst rechtliche Beratung anbieten (Voß hat keinen Anwalt), auf Risiken des Gläubigerantrags hinweisen (Kosten, Haftungsrisiko bei Schädigung Masse)

Finanzamt Erfurt:

- Stundungsantrag gemäß § 222 AO: 12 Monate Stundung, dann 12 Monatsraten
- Anlage: Bestätigung Kanzlei, dass Sanierungsverfahren läuft
- Rote Linie: Verzicht unmöglich (Haushaltsrecht); Stundung max. 24 Monate

3. Verhandlungsstand (per 12. Mai 2026)

Gläubiger	Termin	Stand	Einschätzung
Sparkasse Mittelthüringen	10.05.2026	Konstruktives Erstgespräch; Sparkasse fordert Vorlage IDW S 6 bis 15.05.2026; grundsätzlich offen für Stundung	Positiv
Aluminium Stade / RA Lauterbach	14.05.2026 (geplant)	Noch kein Termin bestätigt	Abwartend

Gläubiger	Termin	Stand	Einschätzung
Magnesium Voß	09.05.2026	Voß lehnte Termin ab; Drohung bekräftigt; Brief an AG Erfurt angekündigt	Kritisch
Finanzamt Erfurt	11.05.2026	Stundungsantrag eingereicht; Antwort ausstehend	Neutral

4. Risikomatrix Gläubigerverhandlungen

Risiko	Wahrscheinlichkeit	Impact	Gegenmaßnahme
Magnesium Voß stellt Insolvenzantrag	Hoch (60 %)	Sehr hoch	Sofortige Einreichung Schutzschirmantrag; damit wird Gläubigerantrag gegenstandslos (§ 270d Abs. 4 InsO)
Sparkasse kündigt gesamte Linie	Mittel (30 %)	Sehr hoch	Angebot DtE-Swap als „Einstiegsoption“ einbringen; Bürgschaft Friedhelm Großbach aktivieren
Aluminium Stade stoppt Lieferungen	Niedrig (20 %)	Sehr hoch	Alternativer Lieferant (Aluminium Weser KG, Kiel) vorqualifiziert; Lieferstopp würde Insolvenzgeld-Effekt kompensieren
Finanzamt lehnt Stundung ab	Sehr niedrig (5 %)	Mittel	Anfechtung der Stundungsablehnung beim Finanzgericht Erfurt; einstweiliger Rechtsschutz

Interne Verhandlungsnotiz – Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

12. Mai 2026 – Nicht zur Weitergabe an Gläubiger bestimmt

Datei: 08_sparkasse_verhandlung_protokoll.md

08 – Verhandlungsprotokoll Sparkasse Mittelthüringen

Datum: 10. Mai 2026, 14:00–16:30 Uhr

Ort: Sparkasse Mittelthüringen, Bahnhofstraße 34, 99084 Erfurt (Konferenzraum 3. OG)

Teilnehmer Sparkasse:

- Hendrik Krause, Firmenkundenbetreuer (Leitung)
- Frank Ott, Kreditrisikoabteilung
- Martina Wegner, Rechtsabteilung

Teilnehmer Mandantin:

- Friedhelm Großbach, Geschäftsführer
- Bertha Großbach-Riemenschneider, Junior-GF

Teilnehmer Kanzlei:

- RA Dr. Maximilian Drosselberg (Kanzleivertreter und Sanierungsberater)

Protokollant: RAin Claudia Feuerbach (telefonisch zugeschaltet, nicht vor Ort)

1. Eröffnung und Tagesordnung

Hendrik Krause begrüßte die Anwesenden und dankte für den kurzfristigen Termin. Er erläuterte, dass die Sparkasse grundsätzlich als langjährige Hausbank der Großbach-Familie (Bankbeziehung seit 1972) an einer konstruktiven Lösung interessiert sei.

„Wir sind keine Liquidierungsbank. Uns liegt an Erfurt, an den Arbeitsplätzen. Aber wir brauchen Gewissheit über die Sanierungsperspektive.“

Dr. Drosselberg übernahm das Wort und skizzierte die Situation aus rechtlicher Sicht: Drohende Zahlungsunfähigkeit gemäß § 18 InsO sei bereits eingetreten. Das Sanierungskonzept sei in Arbeit (IDW S 6, Vorlage bis 15.05.2026 zugesagt). Gleichzeitig werde ein Schutzschirmantrag vorbereitet, der als „Plan B“ den Sanierungsrahmen absichere.

2. Darstellung Kreditlage (Sparkasse)

Frank Ott präsentierte aus Sicht der Sparkasse die aktuellen Kreditdaten:

Position	Betrag (EUR)	Sicherheit	Sicherheitswert (EUR)
Kontokorrentkredit	4.800.000	Grundschild Erfurt + Maschinensicherungsübereignung	~5.000.000
Investitionskredit Guss-Maschinen (Restvaluta)	1.200.000	Sicherungsübereignung	~900.000
Bürgschaft Friedhelm Großbach	1.500.000 (max.)	Persönlich	Unbekannt

„Wir haben die KK-Linie nicht aus Bosheit gekürzt“, erklärte Ott, „sondern weil die Covenants aus dem Kreditvertrag 2022 greifen. Paragraph 12 Absatz 3 gibt uns das Recht bei Unterschreitung der EBITDA-Marge von 2 %. Das ist eingetreten.“

Frau Wegner ergänzte, dass die Sparkasse rechtlich zur Kreditkündigung verpflichtet wäre, wenn sie trotz Covenant-Verletzung untätig bleibt – ein aus aufsichtsrechtlichen Gründen heikler Sachverhalt (MaRisk, Basel III).

3. Verhandlung der Sanierungsbeiträge

Dr. Drosselberg unterbreitete das Sanierungsangebot der Mandantin:

Angebot 1 (Maximalziel):

- Debt-to-Equity-Swap: Wandlung von 2.000.000 EUR in stille Beteiligung (Rückkauf ab 2030, 3 % p.a. Verzinsung)
- Rangrücktritt: 1.600.000 EUR bis 31.12.2029
- Planmäßige Rückzahlung: 1.200.000 EUR in 4 Jahresraten (2027–2030)
- Zinssatz: 1,5 % p.a. auf gesicherten Rest

Reaktion Krause: „Das ist sportlich. Einen Debt-to-Equity-Swap müssten wir intern durch drei Gremien schleusen. Das dauert. Aber wir sind nicht prinzipiell dagegen.“

Reaktion Ott: „Wir bräuchten eine aktuelle Bewertung des Betriebsgrundstücks. Die letzte ist von 2021.“

Dr. Drosselberg schlug vor, unverzüglich einen Gutachter (ö.b.u.v. Sachverständiger) zu beauftragen. Einigung: WSP-Gutachten Immobilien Erfurt bis 25.05.2026.

4. Bürgschaft Friedhelm Großbach

Frau Wegner fragte gezielt nach der wirtschaftlichen Situation von Friedhelm Großbach als persönlichem Bürgen.

Dr. Drosselberg: „Mein Mandant steht zur Verantwortung. Er hat jedoch selbst Verbindlichkeiten aus dem Darlehensrückzahlungsvorgang vom Januar 2026 – dazu läuft eine rechtliche Prüfung.“

Friedhelm Großbach erklärte, er wolle persönlich einen Beitrag zur Sanierung leisten und verwies auf seinen Bitcoin-Bestand (8 BTC, ca. 612.000 EUR), der zur Unterstützung des Sanierungsplans eingesetzt werden könne.

Krause zeigte sich überrascht: „Bitcoin? Das wird unsere Risikoabteilung interessieren. Bitte übermitteln Sie uns dazu schriftlich eine Aufstellung.“

5. Vereinbarungen und nächste Schritte

Maßnahme	Verantwortlich	Frist
Vorlage IDW-S-6-Gutachten durch Kanzlei	Dr. Drosselberg	15.05.2026
Beauftragung Immobiliengutachten Betriebsgrundstück	Kanzlei + WSP	12.05.2026
Übermittlung Bitcoin-Aufstellung	Großbach / Pabst	14.05.2026
Interne Entscheidung Sparkasse DtE-Swap	Krause/Gremium	30.05.2026
Folgetermin zur Konditionsverhandlung	Alle	02.06.2026

Maßnahme	Verantwortlich	Frist
Schriftliches Stillhalteabkommen Kreditkündigung	Sparkasse Rechtsabt.	15.05.2026

Schriftliches Stillhalteabkommen (Standstill): Die Sparkasse erklärt sich bereit, bis 30.06.2026 auf die formale Kündigung des Kontokorrentkredits zu verzichten, sofern das Sanierungskonzept bis 15.05.2026 vorliegt und kein weiterer Covenant-Verstoß eintritt (Vermögensminderung > 5 % per Einzeltransaktion).

6. Einschätzung Drosselberg (nach Verhandlung)

Die Sparkasse ist verhandlungsbereit. Das Gespräch verlief konstruktiv. Der Debt-to-Equity- Swap wird nicht abgelehnt, braucht aber interne Zustimmung. Das Stillhalteabkommen sichert uns den nötigen Zeitraum. Die Bitcoin-Erwähnung war spontan durch Großbach – war taktisch nicht optimal, aber zeigt der Sparkasse, dass Eigenmittel vorhanden sind.

Risiko: Sparkasse könnte nach Vorlage des IDW-S-6-Gutachtens die Lage als „offensichtlich aussichtslos“ bewerten und die Kündigung vollziehen. Daher muss das Gutachten überzeugend sein.

Protokoll erstellt von: RAin Claudia Feuerbach

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

10. Mai 2026 – Vertraulich

Datei: 09_anfechtungsklage_friedhelm.md

09 – Insolvenzanfechtung – Gesellschafterdarlehen Friedhelm Großbach (§§ 133, 135 InsO)

Aktenzeichen: 3 O 116/26 (LG Erfurt)

Kläger: Insolvenzverwalter (vorläufiger Sachwalter Dr. Henrik Sonnenschein, handelnd für die Masse)

Beklagter: Friedhelm Großbach, geb. 14.03.1962, Buchenweg 7, 99094 Erfurt

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg (Prüfungsvermerk)

Datum: 18. Mai 2026

1. Sachverhalt

1.1 Das Gesellschafterdarlehen

Friedhelm Großbach hat der Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG im Jahr 2020 ein Darlehen in Höhe von 600.000 EUR gewährt (Darlehensvertrag vom 04. September 2020, Zinssatz: 3 % p.a., Rückzahlung vereinbart zum 31.12.2025 oder auf Abruf).

1.2 Rückzahlung am 18. Januar 2026

Am 18. Januar 2026 überwies die KG an Friedhelm Großbach einen Betrag von

380.000 EUR als Teilrückzahlung des Gesellschafterdarlehens. Die Überweisung erfolgte vom Konto der KG bei der Sparkasse Mittelthüringen. Der verbleibende Restbetrag (220.000 EUR) ist nach wie vor offen und wurde von Großbach nicht angemahnt.

1.3 Zeitliche Einordnung

- **18.01.2026:** Rückzahlung 380.000 EUR
- **15.04.2026:** KK-Kürzung durch Sparkasse (Auslöser der akuten Krise)
- **22.04.2026:** Erstberatung Kanzlei; drohende Zahlungsunfähigkeit festgestellt
- **05.05.2026:** Schutzschirmantrag / Restrukturierungsanzeige

Frage: War die Rückzahlung am 18.01.2026 anfechtbar, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine förmliche Insolvenzantragspflicht bestand?

2. Rechtliche Prüfung der Anfechtungstatbestände

2.1 § 135 InsO – Anfechtung von Gesellschafterdarlehen

Gemäß § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO ist eine Rechtshandlung anfechtbar, die einem Gesellschafter für ein Darlehen in den letzten **12 Monaten** vor dem Insolvenzantrag Befriedigung gewährt hat.

Prüfung:

- Insolvenzantrag: 05.05.2026 (Schutzschirmantrag)
- Rückzahlung: 18.01.2026
- Zeitraum: 107 Tage vor Antrag → **innerhalb der 12-Monats-Frist**
- Gesellschafterstellung Friedhelm Großbach: Kommanditist der KG → JA, Gesellschafter
- Art der Handlung: Rückzahlung Darlehen → Befriedigung einer Darlehens-Forderung

Ergebnis zu § 135 InsO: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO sind erfüllt. Die Rückzahlung ist nach § 135 InsO **anfechtbar**, ohne dass es auf eine subjektive Komponente (Vorsatz, Kenntnis) ankommt. § 135 InsO ist ein objektiver Anfechtungstatbestand.

Rechtsfolge: Rückgewähr des empfangenen Betrags (380.000 EUR) an die Insolvenzmasse (§ 143 Abs. 1 InsO).

2.2 § 133 Abs. 1 InsO – Vorsatzanfechtung

Gemäß § 133 Abs. 1 InsO ist eine Rechtshandlung, die der Schuldner in den letzten **10 Jahren** vor dem Insolvenzantrag mit dem Vorsatz, seine Gläubiger zu benachteiligen, vorgenommen hat, anfechtbar, wenn der andere Teil zur Zeit der Handlung den Vorsatz des Schuldners kannte.

Prüfung:

(a) Gläubigerbenachteiligungsvorsatz der KG:

Die Rückzahlung eines Gesellschafterdarlehens kurz vor (drohender) Insolvenz benachteiligt die Gläubiger, weil Vermögen aus der späteren Masse abfließt. Für den Benachteiligungsvorsatz genügt bedingter Vorsatz (dolus eventualis): Der Schuldner weiß, dass seine Gläubiger bei Vornahme der Handlung schlechter gestellt werden als ohne sie, und nimmt dies billigend in Kauf.

Indizien für Vorsatz:

- Die KG wies im Januar 2026 bereits erhebliche Liquiditätsprobleme auf (BWA Januar 2026: negatives EBITDA, überfällige Verbindlichkeiten Aluminium Stade und Magnesium Voß)

- Geschäftsführer kannten die angespannte Finanzlage
- Die Rückzahlung erfolgte ohne externe Veranlassung (keine Kündigung des Darlehens durch Großbach)
- Der Betrag von 380.000 EUR machte ca. 86 % der verfügbaren KK-Linie zum damaligen Zeitpunkt aus

Vgl. BGH, Urteil vom 13.08.2009 – IX ZR 159/06 (Leitsatz: Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit als Indiz für Benachteiligungsvorsatz):

<https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2009/08/ZR/IX-ZR-159-06.html>

Vgl. BGH, Urteil vom 29.09.2011 – IX ZR 202/10 (Kenntnis drohender Zahlungsunfähigkeit als Indiz für Vorsatz):

<https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2011/09/ZR/IX-ZR-202-10.html>

(b) Kenntnis des Empfängers (Friedhelm Großbach):

Friedhelm Großbach ist Kommanditist und bis 2022 alleiniger Geschäftsführer. Er ist intimster Kenner der wirtschaftlichen Lage. Die Kenntnis der finanziellen Schwierigkeiten ist evident.

Gemäß § 133 Abs. 2 S. 1 InsO gilt die Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit oder des Eröffnungsantrags als Kenntnis des Benachteiligungsvorsatzes.

Ergebnis zu § 133 InsO: Die Voraussetzungen der Vorsatzanfechtung liegen nach erster rechtlicher Einschätzung vor. Es besteht eine erhebliche Wahrscheinlichkeit, dass eine Anfechtungsklage Erfolg hätte.

3. Schadensberechnung (Anfechtungsanspruch)

Anfechtungsgrundlage	Betrag	Zinsen (§ 143 Abs. 1 S. 2 InsO, § 819 BGB)	Gesamt
§ 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	380.000 EUR	5 % p.a. ab 18.01.2026 (15 Monate ≈ 23.750 EUR)	**403.750 EUR**
§ 133 Abs. 1 InsO (alternativ/kumulativ)	380.000 EUR	Identisch	**403.750 EUR**

4. Prozessstrategie

4.1 Verhandlungslösung (Priorität)

Vor Klageerhebung wird Friedhelm Großbach durch die Kanzlei auf die rechtliche Lage hingewiesen. Es wird eine außergerichtliche Einigung angestrebt: Rückzahlung von 300.000 EUR in zwei Raten (sofort 150.000 EUR, 150.000 EUR in 6 Monaten) ohne Zinszahlung, Verzicht auf den Rest.

Dies entspricht der Kompromisslösung im StaRUG-Plan (vgl. Aktenstück 05, Teil B.4): Der Anfechtungsanspruch wird gegen den Rangrücktritt des verbleibenden Darlehens (220.000 EUR) aufgerechnet.

4.2 Klage beim LG Erfurt (Rückfalloption)

Falls keine Einigung: Anfechtungsklage beim LG Erfurt (3 O 116/26) auf Rückzahlung 380.000 EUR zzgl. Zinsen und Kosten. Gerichtsstand: Sitz der Schuldnerin, Erfurt (§ 19a ZPO, § 143 InsO).

Streitwert: 403.750 EUR → Zuständigkeit LG Erfurt (§ 71 GVG, Streitwert > 5.000 EUR)

Rechtliches Prüfungsvermerk: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt, 18. Mai 2026

Grundlage: §§ 129–147 InsO (Insolvenzanfechtung), dejure.org/gesetze/InsO/133.html

Datei: 10_anfechtungsklage_bertha_bonus.md

10 – Insolvenzanfechtung – Bonuszahlung Bertha Großbach-Riemenschneider (§ 133 InsO)

Bearbeiter: RAin Claudia Feuerbach

Datum: 20. Mai 2026

Status: Rechtliches Prüfungsvermerk – Vorentwurf

1. Sachverhalt

Bertha Großbach-Riemenschneider (38), Tochter von Friedhelm Großbach und seit 2022 Junior-Geschäftsführerin der Komplementär-GmbH, erhielt am **14. Februar 2026** eine Bonuszahlung in Höhe von **22.000 EUR** brutto (Nettoauszahlung nach Lohnsteuer: ca. 12.600 EUR). Die Zahlung war in ihrem Anstellungsvertrag vom 01.10.2022 als jährliche „Performance Bonus“-Komponente in Höhe von bis zu 25.000 EUR vereinbart (bei Zielerreichung).

Die Auszahlungsbestätigung der Sparkasse datiert auf den 14.02.2026. Zu diesem Zeitpunkt lagen bereits erhebliche Liquiditätsprobleme vor (Verbindlichkeiten Aluminium Stade und Magnesium Voß überfällig, EBITDA Januar 2026 negativ ca. -280.000 EUR).

2. Rechtliche Prüfung

2.1 § 133 Abs. 1 InsO – Vorsatzanfechtung

Die Voraussetzungen sind dieselben wie bei der Gesellschafterdarlehen-Rückzahlung:

- Rechtshandlung innerhalb von 10 Jahren vor Insolvenzantrag: **JA** (14.02.2026, Antrag 05.05.2026)
- Gläubigerbenachteiligungsvorsatz der KG (Schuldnerin): **Prüfungsbedürftig** (s.u.)
- Kenntnis der Bertha Großbach-Riemenschneider: **Prüfungsbedürftig** (s.u.)

2.2 § 133 Abs. 2 InsO – Anfechtung Rechtshandlungen gegenüber nahestehenden Personen

Nach § 133 Abs. 2 InsO gelten bei Rechtshandlungen gegenüber **nahestehenden Personen** (§ 138 InsO) besondere Regelungen:

Nahestehende Person (§ 138 InsO): § 138 Abs. 2 Nr. 2 InsO: „Personen, die als Mitglieder des Aufsichtsrats, als Prokuristen oder als gesetzliche Vertreter des Schuldners tätig sind“. Bertha Großbach-Riemenschneider ist **Geschäftsführerin** der Komplementär-GmbH → sie ist nahestehende Person im Sinne des § 138 Abs. 2 Nr. 2 InsO.

Darüber hinaus ist sie Tochter von Friedhelm Großbach → § 138 Abs. 1 Nr. 1 InsO (Verwandter ersten Grades in gerader Linie).

Rechtsfolge bei nahestehenden Personen: Bei Rechtshandlungen mit nahestehenden Personen in den letzten **2 Jahren** vor dem Insolvenzantrag wird die Kenntnis des Benachteiligungsvorsatzes **vermutet** (§ 133 Abs. 2 S. 2 InsO). Die Beweislast dreht sich um: Bertha Großbach-Riemenschneider müsste nachweisen, dass sie den Benachteiligungsvorsatz nicht kannte.

Benachteiligungsvorsatz der KG: Als Geschäftsführerin der Komplementär-GmbH war Bertha Großbach-Riemenschneider selbst an der Auszahlungsentscheidung beteiligt. Eine klassische Aufspaltung von „Schuldner“ und „Empfänger“ besteht nur formal. Es ist davon auszugehen, dass sie die Finanzlage kannte.

Argument gegen Anfechtbarkeit (Gegenvortrag):

- Der Bonus war vertraglich vereinbart und damit keine freiwillige Zuwendung, sondern Erfüllung einer Verbindlichkeit
- Gemäß BGH, Urteil vom 10.07.2014 – IX ZR 192/13 sind kongruente Deckungshandlungen (vertragsgemäße Leistung) unter § 133 InsO nur anfechtbar, wenn die subjektiven Voraussetzungen klar bewiesen sind
- Die Zahlung lag 2,5 Monate vor dem Insolvenzantrag

2.3 § 130 InsO – Kongruente Deckung (hilfsweise)

§ 130 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 InsO: Anfechtbar ist eine kongruente Deckung, die einem Insolvenz- gläubiger in den letzten 3 Monaten vor Insolvenzantrag gewährt wurde, wenn zur Zeit der Handlung der Schuldner zahlungsunfähig war.

Prüfung: 14.02.2026 liegt außerhalb der 3-Monats-Frist vor dem 05.05.2026 (3 Monate zurück = 05.02.2026). **§ 130 InsO greift nicht** (Zahlung liegt 9 Tage außerhalb des Fensters).

3. Bewertung

Anfechtungsgrundlage	Einschlägig	Stärke	Prozessrisiko
§ 133 Abs. 1 InsO (Vorsatz)	Möglicherweise	Mittel	Mittel (Nachweis Vorsatz)
§ 133 Abs. 2 InsO (nahestehende Person)	JA	Stark (Vermutung)	Niedrig
§ 135 InsO (Gesellschafterdarlehen)	NEIN (kein Darlehen)	Nicht einschlägig	—
§ 130 InsO (kongruente Deckung)	NEIN (außerhalb 3-Monats-Frist)	Nicht einschlägig	—

Empfehlung: Die Anfechtungsklage auf Basis von § 133 Abs. 2 InsO i.V.m. § 138 Abs. 1 und 2 InsO hat gute Erfolgsaussichten. Anspruch: Rückgewähr des Nettobonusbetrags (12.600 EUR) an die Masse. Der Bruttobetrag (22.000 EUR) ist nur insoweit zurückzugewähren, als er tatsächlich als Nettobetrag ausgekehrt wurde; der an das Finanzamt abgeführte Lohnsteueranteil ist separat zu verfolgen.

Strategische Abwägung: Angesichts des vergleichsweise geringen Betrags (12.600 EUR Netto) und der familiären Situation (Bertha ist maßgebliche Sanierungs-Managerin) empfiehlt sich eine verhandlungsorientierte Lösung statt sofortiger Klage. Vorschlag: Bertha zahlt 10.000 EUR freiwillig als Sanierungsbeitrag zurück; die Kanzlei verzichtet auf Klage.

4. Nächste Schritte

- Gespräch mit Bertha Großbach-Riemenschneider und separater rechtlicher Beratung
(Interessenkonflikt beachten: Kanzlei vertritt KG, nicht Bertha persönlich)
- Hinweis: Bertha muss sich eigene anwaltliche Beratung holen
- Entscheidung über Klage oder Vergleich: bis 10. Juni 2026

Prüfungsvermerk: RAin Claudia Feuerbach

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt, 20. Mai 2026

Rechtsgrundlagen: §§ 129 ff. InsO, dejure.org/gesetze/InsO/133.html, [/138.html](https://dejure.org/gesetze/InsO/138.html)

Datei: 11_krypto_verwertungsstrategie.md

11 – Krypto-Verwertungsstrategie: 8 BTC auf Bitvavo-Wallet

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Datum: 22. Mai 2026

Klassifizierung: Vertraulich – Mandantenakte

1. Ausgangslage

Friedhelm Großbach erwarb im Jahr 2022 als privaten Inflations-Hedge acht Bitcoin (8 BTC) über die niederländische Kryptobörse Bitvavo. Die Coins befinden sich auf einer Bitvavo-Wallet unter seinem Namen.

Aktueller Marktwert (22. April 2026): Bitvavo-Kurs: 76.450 EUR/BTC × 8 BTC = **611.600 EUR**

Anschaffungskosten 2022 (Kaufpreis damals): Transaktionshistorie aus dem Bitvavo-Account zeigt: Kauf 8 BTC zu durchschnittlich 25.800 EUR/BTC = Anschaffungskosten **206.400 EUR**. Latenter Veräußerungsgewinn: ca. **405.200 EUR**.

2. Rechtliche Einordnung – Gehören die BTC zur Insolvenzmasse?

2.1 Grundsatz

Die Insolvenzmasse umfasst das gesamte pfändbare Vermögen des **Schuldners** (§ 35 Abs. 1 InsO). Schuldnerin im Insolvenzverfahren ist die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG, nicht Friedhelm Großbach persönlich.

Erste Einschätzung: Die 8 BTC befinden sich auf dem Privataccount von Friedhelm Großbach und sind grundsätzlich **nicht Teil der Insolvenzmasse der KG**.

2.2 Ausnahmen – Zurechnung zur Masse

Die BTC könnten dennoch masserelevant sein, wenn:

(a) Anschaffungsfinanzierung aus KG-Mitteln: Falls die 206.400 EUR Kaufpreis aus KG-Mitteln geflossen sind (verdeckte Entnahme, Darlehen, nicht buchhalterisch erfasst), wäre der Erwerb der BTC ein anfechtbarer Vorgang (§ 133 InsO) oder eine verdeckte Einlagenrückgewähr. **Prüfung:** Bankauszüge 2022 wurden angefordert. Bisher kein Anhaltspunkt für KG-Finanzierung. Großbach gibt an, Privatvermögen verwendet zu haben (Erbe Mutter, 2021).

(b) Treuhandkonstellation: Keine Hinweise auf Treuhandverhältnis oder KG-Bezug der BTC.

(c) Insolvenzanfechtung (§ 134 InsO – unentgeltliche Leistung): Nicht einschlägig – kein Vermögensübergang von KG auf Großbach durch BTC-Kauf.

Ergebnis: Die 8 BTC sind nach jetzigem Kenntnisstand **privates Vermögen Friedhelm Großbachs** und gehören nicht zur Insolvenzmasse der KG.

3. Sanierungsrelevanz der BTC

Obwohl die BTC formell nicht zur Masse gehören, können sie als **freiwilliger Sanierungsbeitrag** von Friedhelm Großbach eingesetzt werden. Dies wurde bereits im Sparkassengespräch vom 10.05.2026 angedeutet.

3.1 Einbeziehung in den StaRUG-Plan / Schutzschirmplan

Der StaRUG-Plan (Aktenstück 05, Teil B) sieht eine „Gesellschaftereinlage“ von 600.000 EUR vor. Diese soll durch teilweise oder vollständige Liquidierung der BTC finanziert werden.

Voraussetzung: Friedhelm Großbach muss einem solchen Einsatz seines Privatvermögens zustimmen. Die Kanzlei empfiehlt, diese Einlage im Gesellschafterbeschluss zum StaRUG-Plan förmlich zu vereinbaren.

4. Verwertungsstrategie

4.1 Steuerliche Vorfragen

Gemäß § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG ist der Gewinn aus der Veräußerung von Kryptowährungen steuerpflichtig, wenn zwischen Anschaffung und Veräußerung weniger als ein Jahr liegen. Da Friedhelm Großbach die BTC im Jahr 2022 erworben hat und es nunmehr 2026 ist, ist die

Spekulationsfrist abgelaufen → der Veräußerungsgewinn (ca. 405.200 EUR) ist

steuerfrei (§ 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG, Haltefrist > 1 Jahr).

Empfehlung: Steuerberater Rohland & Schüller Erfurt zur Bestätigung einschalten.

4.2 Verwertungsoptionen

Option A – Vollständige Liquidierung (empfohlen): Verkauf aller 8 BTC auf Bitvavo zu Marktpreisen. Aktueller Erlös ca. 611.600 EUR (abzüglich Bitvavo-Transaktionsgebühr ca. 0,25 %: 610.070 EUR). Erlös wird auf Privatkonto Großbach gutgeschrieben; Großbach transferiert vereinbarten Betrag (600.000 EUR) als Einlage in die KG.

Option B – Teilverkauf (3–4 BTC): Verkauf von 4 BTC = ca. 305.800 EUR. Einlage 300.000 EUR in KG. Restliche 4 BTC behalten (Kurspotenzial). Risiko: Kursrückgang bis zur Ausführung.

Option C – BTC direkt an Sparkasse: Direkte Übertragung der BTC an die Sparkasse Mittelthüringen zur Kreditreduzierung. Die Sparkasse muss aber BTC als Zahlungsmittel akzeptieren – unwahrscheinlich aufgrund regulatorischer Restriktionen (MaRisk, Kreditwesengesetz).

Option D – BTC als Sicherheit: BTC als Zusatzsicherheit für die Sparkasse hinterlegen (Verpfändung). Problem: Kryptowährungen sind stark volatil; Banken akzeptieren sie selten als Kreditsicherheit.

Empfehlung: Option A (vollständige Liquidierung) ist die sicherste und schnellste Lösung.

4.3 Ausführung auf Bitvavo

1. Bitvavo-Account-Verifizierung aktuell (KYC vollständig, Identitätsprüfung abgeschlossen)
2. Verkaufsoorder: Limit-Order empfohlen (kein Market-Sell bei großen Volumina wegen Slippage-Risiko). In 2–4 Tranchen zu je 2 BTC über 3–5 Handelstage
3. EUR-Überweisung auf Privatkonto Großbach (Bitvavo → IBAN-Überweisung dauert 1–2 Werktage)
4. Von Privatkonto Großbach: Einlagenübertrag auf KG-Konto (notariell beurkunden lassen für Insolvenz-Dokumentation)

5. Pfändungsschutz / Insolvenzrechtliche Absicherung

Da noch kein förmliches Insolvenzverfahren eröffnet wurde (nur Schutzschirmantrag), hat der vorläufige Sachwalter keine Verfügungsbeschränkungen über das Privatvermögen von Großbach. Es besteht keine Gefahr, dass der Verkauf der BTC durch den Sachwalter blockiert wird.

Nach förmlicher Verfahrenseröffnung würde das **Privatvermögen Großbachs** als Kommanditist nur insoweit betroffen, als seine Kommanditeinlage nicht vollständig eingezahlt ist. Da laut Gesellschaftsvertrag die Pflichteinlage vollständig erbracht wurde, besteht kein Nachschusspflicht.

6. Dokumentationspflichten

- Kaufnachweis 2022 (Bitvavo-Transaktionshistorie) sichern
- Verkaufsnachweis 2026 sichern (für Steuerbefreiung § 23 EStG)
- Einlagevertrag zwischen Friedhelm Großbach und KG (beurkundet)
- Weiterleitung der Dokumentation an Sachwalter Dr. Sonnenschein

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt, 22. Mai 2026

Datei: 12_gläubigerantrag_magnesium_voss.md

12 – Gläubigerantrag Magnesium Manfred Voß KG – Abwehrstrategie

Gläubiger: Magnesium Manfred Voß KG, Im Gewerbepark 7, 06667 Weißenfels

Schuldnerin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Datum: 25. Mai 2026

1. Sachverhalt

Am **09. Mai 2026** hat Manfred Voß (Inhaber der Magnesium Manfred Voß KG) telefonisch mitgeteilt, er werde einen Insolvenzantrag gegen die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG stellen, falls die offenen Forderungen (340.000 EUR) nicht binnen 14 Tagen – also bis

23. Mai 2026 – vollständig beglichen werden.

Mit Schreiben vom **14. Mai 2026** wiederholte Voß diese Drohung schriftlich und kündigte an, dem AG Erfurt einen Gläubigerantrag gemäß § 14 InsO zuzustellen.

2. Rechtliche Rahmenbedingungen des Gläubigerantrags (§ 14 InsO)

Gemäß § 14 Abs. 1 InsO kann ein Gläubiger die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragen, wenn er:

1. **Ein rechtliches Interesse** an der Verfahrenseröffnung hat (in der Regel bejaht bei titulierter oder unbestrittener Forderung), und

2. **Die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners glaubhaft macht.**

Die Zahlungsunfähigkeit ist gemäß § 17 Abs. 2 InsO gegeben, wenn der Schuldner nicht in der Lage ist, die fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen. Bleibt eine Zahlung länger als drei Wochen aus und erreicht die Deckungslücke mehr als 10 % der fälligen Verbindlichkeiten, wird Zahlungsunfähigkeit in der Regel vermutet (BGH, Urteil vom 24.05.2005 – IX ZR 123/04).

Vgl. BGH, Urteil vom 24.05.2005 – IX ZR 123/04, openjur.de: <https://openjur.de/u/190452.html>

3. Abwehrstrategie

3.1 Eigenantrag und Schutzschirmverfahren als Abwehr

Das effektivste Mittel gegen den Gläubigerantrag ist die Vorwegnahme durch eigenen Schutzschirmantrag. Sobald der Eigenantrag beim AG Erfurt vorliegt (Einreichung 05.05.2026), wird der Gläubigerantrag des Voß im Wesentlichen gegenstandslos:

- Das Gericht eröffnet das Verfahren in Eigenverwaltung mit Schutzschirm (§ 270d InsO)
- Der Sachwalter Dr. Sonnenschein wird bestellt
- Eine Verfahrenseröffnung auf Gläubigerantrag würde zur selben Verfahrenseröffnung führen, jedoch ohne Eigenverwaltung – da der Eigenantrag **früher** eingereicht wurde (05.05.2026), hat er Vorrang (§ 270b Abs. 1 InsO)

Status (25.05.2026): Schutzschirmantrag vom 05.05.2026 liegt beim AG Erfurt vor. Vorab-Bescheinigung Dr. Drosselberg erteilt. Sachwalterbestellung Dr. Sonnenschein erwartet.

3.2 Forderungsmanagement – Teilbefriedigung Voß

Parallel dazu wird Voß angeboten:

Sofortangebot (25.05.2026):

- Sofortzahlung von 50.000 EUR aus der kurzfristigen Liquidität
- Restforderung 290.000 EUR wird in den StaRUG-Plan aufgenommen (80 % = 232.000 EUR in 12 Raten, 20 % Verzicht)
- Zudem Einkaufsgarantie: Magnesiumbestellungen 2026/2027 (ca. 180 T EUR/Jahr) an Voß

3.3 Rechtliche Einwände gegen Gläubigerantrag

Falls Voß dennoch Antrag stellt:

Einwand 1: Der Eigenantrag hat Vorrang; das Schutzschirmverfahren ist bereits eingeleitet.

Einwand 2: Die Forderung ist teilweise bestritten. Der Rechnungsbetrag in der Mahnung vom 09.05.2026 enthält nach Auffassung der Mandantin überhöhte Positionen (Materialaufschlag nicht vertragskonform). Streitiger Teil: ca. 28.000 EUR.

Einwand 3: Das Gericht weist den Gläubigerantrag ab, wenn der Schuldner glaubhaft macht, dass ein eigenes Sanierungsverfahren eingeleitet ist und der Gläubigerantrag rechtsmissbräuchlich erscheint.

4. Korrespondenz mit Voß

Antwortschreiben Dr. Drosselberg an Voß (25.05.2026):

> Sehr geehrter Herr Voß, > > in der oben bezeichneten Angelegenheit vertrete ich die Großbach Druckguss & Präzision > GmbH & Co. KG. Ich weise darauf hin, dass meine Mandantin am 05. Mai 2026 beim > Amtsgericht Erfurt einen Schutzschirmantrag gemäß § 270d InsO gestellt hat. Das Verfahren > ist unter dem Aktenzeichen 203 IN 71/26 SA anhängig. > > Ein Gläubigerantrag von Ihrer Seite würde damit in ein laufendes eigeninitiiertes > Insolvenzverfahren fallen und keine eigenständigen Wirkungen entfalten. Ich rate Ihnen > daher dringend, von einem Gläubigerantrag Abstand zu nehmen und stattdessen dem > StaRUG-Plan zuzustimmen, der Ihrer Mandantin eine deutlich bessere Quote (ca. 80 %) > sichert als die Regelinsolvenz (4 %). > > Bitte teilen Sie mir bis zum 30. Mai 2026 mit, ob Sie das Verhandlungsangebot (50.000 EUR > Sofortzahlung + Ratenplan) annehmen. > > Mit freundlichen Grüßen > RA Dr. Maximilian Drosselberg

5. Risikobewertung

Risiko	Wahrscheinlichkeit	Gegenmaßnahme
Voß stellt Gläubigerantrag trotzdem	Mittel (40 %)	Widerspruch durch Kanzlei; Verweis auf Eigenantrag 203 IN 71/26 SA
AG Erfurt eröffnet reguläres Insolvenzverfahren auf Gläubigerantrag	Sehr niedrig (10 %)	Eigenantrag hat zeitlichen Vorrang
Voß eskaliert – weitere Presse/öffentliche Drohungen	Niedrig (15 %)	Unterlassungsanspruch bei falschen Tatsachenbehauptungen; einstweilige Verfügung LG Erfurt

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt, 25. Mai 2026

Rechtsgrundlage: § 14 InsO, dejure.org/gesetze/InsO/14.html

Datei: 13_fristenkalender.md

13 – Fristenkalender

Mandantin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG

Kanzlei: Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

Stand: 25. Mai 2026

Bearbeiter: RAin Claudia Feuerbach

Übersicht Kritische Fristen

Datum	Freistaub	Inhalt	Status
23.04.2026	ABGELAUFEN	Termin Anfrage Sparkasse für Verhandlung	✓ Erledigt
24.04.2026	ABGELAUFEN	Übergabe Buchhaltung sunterlagen 2024/2025 (Pabst)	✓ Erledigt
25.04.2026	ABGELAUFEN	IDW-S-6-fähige Steuerberater-Unterlagen	✓ Erledigt
28.04.2026	ABGELAUFEN	Liquiditätsplan 13 Wochen	✓ Erledigt
30.04.2026	ABGELAUFEN	Prüfung Gesellschafter darlehen-Rückzahlung	✓ Erledigt
02.05.2026	ABGELAUFEN	Unterschriften Geschäftsführung Schutzschirmantrag	✓ Erledigt
05.05.2026	ABGELAUFEN	**Einreichung Schutzschirmantrag AG Erfurt**	✓ Eingereicht
05.05.2026	ABGELAUFEN	**Anzeige Restrukturierungssache AG Erfurt**	✓ Eingereicht
05.05.2026	ABGELAUFEN	Sachwaltervorschlag Dr. Sonnenschein	✓ Erledigt
10.05.2026	ABGELAUFEN	Verhandlung Sparkasse (Erstgespräch)	✓ Abgehalten
12.05.2026	ABGELAUFEN	Beauftragung Immobiliengutachten	✓ Beauftrag
14.05.2026	ABGELAUFEN	Bitcoin-Aufstellung an Sparkasse	✓ Übermittelt
15.05.2026	ABGELAUFEN	**Vorlage IDW-S-6-Gutachten an Sparkasse**	✓ Vorgelegt

Datum	Freistaub	Inhalt	Status
15.05.2026	ABGELAUFEN	Stillhalteabkommen Sparkasse (Standstill)	✓ Unterzeichnet
20.05.2026	ABGELAUFEN	Prüfung Bonus Bertha Großbach-Riemenschn eider	✓ Erledigt
23.05.2026	ABGELAUFEN	Antwortfrist Voß (Gläub igerantrag-Drohung)	✓ Beantwortet
25.05.2026	HEUTE	Antwortschreiben an Voß (Sofortangebot)	✓ Abgesandt

Laufende und Kommende Fristen

Datum	Frist-Typ	Inhalt	Priorität	Verantwortlich
30.05.2026	Reaktionsfrist	Rückmeldung Voß auf Sofortangebot	HOCH	Drosselberg
30.05.2026	Intern	Interne Entscheidung Sparkasse DtE-Swap	HOCH	Sparkasse
02.06.2026	Verhandlung	Folgetermin Sparkasse (Kond itionsverhandlun g)	HOCH	Drosselberg
05.06.2026	Gerichtlich	Erwartete Bestätigung Sch utzschirmbeschl uss AG Erfurt	HOCH	Drosselberg
10.06.2026	Intern	Entscheidung Klage Bertha-Bonus oder Vergleich	MITTEL	Feuerbach
14.06.2026	Verhandlung	Geplanter Termin Aluminium Stade / RA Lauterbach	HOCH	Drosselberg
15.06.2026	Lieferant	Antwort Siemens Mobility auf Pöna le-Verhandlungs anfrage	SEHR HOCH	Großbach/GF
25.06.2026	Sachwalter	Zwischenbericht Sachwalter Dr. Sonnenschein	MITTEL	Sonnenschein

Datum	Frist-Typ	Inhalt	Priorität	Verantwortlich
30.06.2026	Stillhalte	Ablauf Standstill-Abkommen Sparkasse (verlängerbar)	SEHR HOCH	Drosselberg
01.07.2026	StaRUG	Einreichung StaRUG-Planentwurf beim Restrukturierungsgericht	HOCH	Drosselberg
15.07.2026	Gerichtlich	Geplanter Abstimmungstermin StaRUG-Plan (AG Erfurt 203 RES 7/26)	SEHR HOCH	Drosselberg
31.07.2026	Steuer	Stundungsantrag FA Erfurt – Antwort erwartet	MITTEL	Pabst
05.08.2026	**GESETZLICH**	**Ablauf 3-Monats-Schutzschirmfrist (§ 270d Abs. 1 S. 3 InsO)**	**KRITISCH**	Drosselberg
31.08.2026	Insolvenzgeld	Letzter Tag Insolvenzgeldbeantragung Arbeitnehmer (3-Monats-Rückblick)	HOCH	Pabst/BA
30.09.2026	Personal	Abschluss Sozialplan / Personalmaßnahmen (Reduktion auf 162 MA)	HOCH	GF + Betriebsrat
31.10.2026	Sachwalter	Abschlussplan Sachwalter (Vorlage Insolvenzplan)	SEHR HOCH	Sonnenschein
30.11.2026	Steuer	Rückzahlungsstart FA Erfurt (erste Rate nach 6 Mon. Stundung)	MITTEL	Pabst

Gesetzliche Fristen (unveränderlich)

Norm	Frist	Inhalt
§ 270d Abs. 1 S. 3 InsO	3 Monate ab Anordnung	Schutzschirmfrist (max.); Verlängerung möglich bei Zustimmung Sachwalter
§ 15a InsO	Unverzüglich, max. 3 Wochen (Zahlungsunfähigkeit) / 6 Wochen (Überschuldung)	Insolvenzantragspflicht GF
§ 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	12 Monate	Anfechtungsfenster Gesellschafterdarlehen
§ 133 Abs. 1 InsO	10 Jahre	Anfechtungsfenster Vorsatzanfechtung
§ 130 Abs. 1 InsO	3 Monate	Anfechtungsfenster kongruente Deckung
§ 165 ff. SGB III	3 Monate	Insolvenzgeldzeitraum Arbeitnehmer
§ 25 StaRUG	75 % Mehrheit	Planabstimmung (per Gruppe)

Wiedervorlagetermine Kanzlei

Datum	Inhalt
27.05.2026	Eingang Rückmeldung Voß prüfen
01.06.2026	Vorbereitung Sparkasse-Folgegespräch 02.06.
10.06.2026	Entscheidung Bonus-Klage Bertha
01.07.2026	StaRUG-Plan-Einreichung
25.07.2026	Vorbereitung Abstimmungstermin 15.07.
03.08.2026	Kontrolle: Schutzschirmfrist 05.08.

Fristenkalender – Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

Stand: 25. Mai 2026 – Tägliche Überprüfung durch RAin Feuerbach

Datei: 14_strategie_memorandum.md

14 – Strategie-Memorandum

An: Friedhelm Großbach, Bertha Großbach-Riemenschneider

Von: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Datum: 28. Mai 2026

Vertraulichkeit: Mandantenprivilegiert – nicht weiterzuleiten

Zusammenfassung der Gesamtstrategie

Das vorliegende Memorandum fasst die Gesamtstrategie der Kanzlei Drosselberg & Partner für die Sanierung der Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG zusammen. Es richtet sich an Sie persönlich als verantwortliche Geschäftsführer und soll Ihnen einen klaren Überblick über die rechtlichen und wirtschaftlichen Handlungsoptionen geben.

1. Ausgangslage – Zusammenfassung

Die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG befindet sich in einer schweren, aber beherrschbaren Krise. Die Krise hat strukturelle Ursachen (E-Mobilitäts-Transition, Energiekosten), einen konkreten Auslöser (KK-Kürzung Sparkasse 15.04.2026) und mehrere interne Risikofaktoren (Gesellschafterdarlehen-Rückzahlung, Bonus-Zahlung), die rechtliche Anfechtungsrisiken begründen.

Was gut läuft:

- Schutzschirmantrag ist eingereicht (203 IN 71/26 SA), Verfahren läuft
- Restrukturierungsanzeige beim AG Erfurt (203 RES 7/26) ist erfolgt
- Sparkasse ist verhandlungsbereit; Standstill-Abkommen sichert bis 30.06.2026
- BTC-Bestand Friedhelm Großbach bietet konkreten Liquiditätspuffer (612 TEUR)
- IDW-S-6-Gutachten liegt vor und bestätigt Sanierungsfähigkeit
- Insolvenzgeld sichert 3 Monate Lohnzahlungen

Was kritisch ist:

- Magnesium Voß: Gläubigerantrag-Drohung noch nicht endgültig abgewendet
- Siemens-Pönale: 1,2 Mio. EUR Risiko, Verhandlung steht aus
- Aluminium Stade: Ersttermin noch nicht stattgefunden; Lieferkettenrisiko hoch
- Anfechtungsansprüche (Friedhelm-Darlehen, Bertha-Bonus): rechtlich ungelöst

2. Drei-Phasen-Plan

Phase 1: Stabilisierung (Mai – Juli 2026)

Ziel: Liquiditätssicherung, Stillstand der Vollstreckungsmaßnahmen, Gläubiger-beruhigung, Sachwalterinstallation.

Maßnahmen:

- BTC-Liquidierung (600.000 EUR Einlage in KG, Option A)
- Sparkasse Standstill bis 30.06. (verlängern auf 30.09.)
- Sofortzahlung 50.000 EUR an Voß; Ratenplan-Einigung
- Insolvenzgeld-Antragstellung für 187 Arbeitnehmer
- Factoring-Vereinbarung Eurofactor (800.000 EUR sofort)
- Siemens-Pönale-Verhandlung (vor Ende Mai, Zielsetzung: Pönale auf 200.000 EUR begrenzen)

Phase 2: Restrukturierung (Juli – Dezember 2026)

Ziel: Umsetzung des StaRUG-Plans / Insolvenzplans, Personalanpassung, operative Kostensenkung, Gläubigereinigung.

Maßnahmen:

- Abstimmungstermin StaRUG-Plan: 15.07.2026
- Personalreduzierung: 187 → 162 MA (Sozialplan bis September 2026)
- Kurzarbeit für 40 MA (6 Monate)
- Energiekostenoptimierung: PV-Anlage Angebot einholen (Dachfläche Werk 2)
- Maschinenverkauf (3 ältere Druckgussanlagen, Erlös ca. 1,2 Mio. EUR)
- Debt-to-Equity-Swap Sparkasse finalisieren

Phase 3: Neustart (2027+)

Ziel: Konsolidierung auf 160-170 MA, neue Märkte (E-Mobility Strukturteile, Batterie- gehäuse), EBITDA > 3 Mio. EUR bis 2028.

Maßnahmen:

- Neukundenakquisition: CATL (Thüringen-Werk Leipzig), Webasto
- Investitionsprogramm Druckguss-Technologie (Hochdruckanlagen für Aluminium-Strukturteile)
- Finanzierung: KfW-Förderprogramm „Transformation“ (Antrag Q1/2027)

3. Persönliches Risikoprofil der Geschäftsführer

3.1 Friedhelm Großbach

Haftungsrisiken:

- § 15a InsO: Insolvenzantragspflicht-Verletzung möglich, falls Zahlungsunfähigkeit früher als angenommen eingetreten ist → wird durch rechtzeitigen Eigenantrag abgewendet
- § 64 GmbHG (a.F.) / § 15b InsO: Zahlungen nach Insolvenzzreife? Prüfung ob Zahlung Aluminium Stade Mitte März 2026 (80 TEUR) angreifbar → geringes Risiko
- Bürgschaft gegenüber Sparkasse (1,5 Mio. EUR): Bestand; Aktivierung nur bei vollständigem Verfahrensscheitern

Anfechtungsrisiko Darlehensrückzahlung: Wie in Aktenstück 09 ausgeführt, ist die Rückzahlung von 380.000 EUR anfechtbar. Empfehlung: Außergerichtliche Einigung – Rückzahlung 300.000 EUR in zwei Raten; Verzicht auf Restzinsen.

3.2 Bertha Großbach-Riemenschneider

Haftungsrisiken:

- Als Geschäftsführerin der Komplementär-GmbH haftet sie gleichrangig mit Friedhelm für Antragspflichtverletzungen
- Bonus-Anfechtungsrisiko: Rechtlich beherrschbar; Vergleichslösung angestrebt

Empfehlung: Eigene anwaltliche Beratung für persönliche Haftungsabsicherung. Die Kanzlei Drosselberg & Partner vertritt die KG, nicht die Geschäftsführer persönlich.

4. Kommunikationsstrategie nach außen

Stakeholder	Botschaft	Ton	Timing
Mitarbeiter	„Wir sanieren – kein Arbeitsplatz ist sicher, aber wir kämpfen für jeden“	Ehrlich, zuversichtlich	Sofort nach Eröffnungsbeschluss
VW Sachsen / MAN / ZF	„Lieferfähigkeit uneingeschränkt, Qualität bleibt konstant“	Professionell, sachlich	Bis 07.05.2026
Siemens Mobility	„Wir suchen eine Lösung zur Pönale-Reduzierung“	Kooperativ	Bis 31.05.2026
Lokale Presse	Kurze Pressemitteilung: „Großbach einigt sich auf Sanierungsverfahren“	Neutral	Tag der Verfahrenseröffnung
Lieferanten allgemein	Individuelle Anschreiben mit Zahlungsplan-Angeboten	Sachlich	Ab 10.06.2026

5. Erfolgskriterien

Das Sanierungsverfahren gilt als erfolgreich, wenn bis 31.12.2026:

1. Der StaRUG-Plan / Insolvenzplan gerichtlich bestätigt ist
2. Die Sparkassen-Einigung (DtE-Swap + Rangrücktritt) unterschrieben ist
3. Die Siemens-Pönale auf max. 400.000 EUR begrenzt ist
4. Die Personalanpassung (162 MA) sozialplanmäßig abgeschlossen ist
5. Kein Gläubiger außerhalb des Plans eine rechtliche Eskalation durchführt
6. Die KG ab Januar 2027 wieder eigenständig ihre Verbindlichkeiten begleichen kann

Strategiememorandum – Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

RA Dr. Maximilian Drosselberg – 28. Mai 2026 – Mandantenprivilegiert

Datei: 15_kanzleiotizen_intern.md

15 – Kanzleiotizen (intern)

Zeitraum: 22. April – 28. Mai 2026

Kanzlei: Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

Bearbeitung: Dr. Drosselberg, RAin Feuerbach

Tätigkeitschronik

22. April 2026 (Dienstag)

- 09:00: Eingang Mandat-Anfrage (Telefonat Friedhelm Großbach); Erstbesprechung vereinbart
- 14:00–17:30: Erstberatung Mandantin (vgl. Aktenstück 02)
- 17:30: Interessenkonflikt-Check: keine Vorbehalte, Mandat angenommen
- 18:00: Mandatsvertrag erstellt und an Mandantin per E-Mail versandt
- 18:30: Vorschuss-Rechnung 50.000 EUR ausgestellt (fällig 25.04.2026)

Zeiterfassung: Drosselberg 3,5 h (1.330 EUR), Feuerbach 3,5 h (770 EUR)

23.–25. April 2026

- Anfordern Handelsregistrauszug HRA 4471 (AG Erfurt)
- Buchhaltungsunterlagen erhalten und gesichtet (Pabst/Großbach)
- Liquiditätsstatus erhoben (vgl. Erstberatungsnotiz)
- Anfrage Verhandlungstermin Sparkasse Mittelthüringen (Hr. Krause): Termin 10.05.2026 vereinbart
- Erste Skizze IDW-S-6-Struktur; Abstimmung mit WSP-Wirtschaftsprüfung (WP Kleemann)

28. April 2026

- Liquiditätsplan 13 Wochen (Entwurf) erstellt (Pabst + Feuerbach)
- Eigenverwaltungsplan § 270a InsO: Entwurf Drosselberg
- Recherche Sachwalter: Dr. Henrik Sonnenschein (Magdeburg) angefragt; hat zugesagt

29. April 2026

- Schutzschirm-Antragsunterlagen: Strukturiert (vgl. Aktenstück 03)
- Vorläufige Bescheinigung gemäß § 270d Abs. 1 S. 2 InsO: Dr. Drosselberg

2. Mai 2026

- IDW-S-6-Gutachten fertiggestellt (Drosselberg + Kleemann)
- Unterschriften GF geholt (Friedhelm und Bertha)

5. Mai 2026

- **Einreichung Schutzschirmantrag AG Erfurt** (per Boten, 10:47 Uhr)
- Empfangsbestätigung AG Erfurt: Eingang 11:15 Uhr; vorläufiges AZ 203 IN 71/26 SA
- **Anzeige Restrukturierungssache AG Erfurt** (zeitgleich, § 31 StaRUG)
- AZ Restrukturierungssache: 203 RES 7/26

9.–10. Mai 2026

- 09.05: Telefonat Voß (aggressiv, Gläubigerantrag-Drohung – notiert)
- 10.05: Verhandlung Sparkasse (vgl. Aktenstück 08)

11. Mai 2026

- Stundungsantrag FA Erfurt § 222 AO eingereicht

12. Mai 2026

- Beauftragung Immobiliengutachter (WSP Immobilien Erfurt, Herr Kaupe): Gutachten

Betriebsgrundstück Anscharstraße 14 bis 25.05.2026

14. Mai 2026

- Bitcoin-Aufstellung (8 BTC, Bitvavo) als PDF an Sparkasse Mittelthüringen (Hr. Krause) übersandt

15. Mai 2026

- IDW-S-6-Gutachten an Sparkasse Mittelthüringen übermittelt
- Standstill-Abkommen Sparkasse unterzeichnet

18. Mai 2026

- Prüfungsvermerk Anfechtung Gesellschafterdarlehen Friedhelm Großbach (§§ 133, 135 InsO) abgeschlossen (Aktenstück 09)

20. Mai 2026

- Prüfungsvermerk Anfechtung Bonus Bertha Großbach-Riemenschneider (Aktenstück 10)

22. Mai 2026

- Verwertungsstrategie BTC (Aktenstück 11) abgeschlossen
- E-Mail an Bitvavo-Support (Auskunft zu Verifizierungsdokumenten)

25. Mai 2026

- Antwortschreiben an Voß (Sofortangebot 50 TEUR + Ratenplan) abgesandt

28. Mai 2026

- Strategie-Memorandum an Mandantin (Aktenstück 14) versandt

Offene Punkte per 28. Mai 2026

Nr.	Offener Punkt	Zuständig	Deadline
1	Rückmeldung Voß auf Sofortangebot abwarten	Feuerbach	30.05.2026
2	Sparkasse Folgetermin 02.06. vorbereiten	Drosselberg	01.06.2026
3	Siemens-Verhandlung ansetzen (Termin-Anfrage Dr. Brunner, Siemens RI)	Drosselberg	29.05.2026
4	Termin Aluminium Stade / RA Lauterbach bestätigen (14.06.)	Feuerbach	29.05.2026

Nr.	Offener Punkt	Zuständig	Deadline
5	Bertha Großbach persönliche Anwaltsberatung empfehlen (Interessenkonflikt)	Drosselberg	Gespräch 30.05.
6	BTC-Verwertung: Steuerberater Rohland einschalten	Pabst	01.06.2026
7	Stundungsantrag FA Erfurt: Eingangsbestätigung ausstehend	Feuerbach	Wiedervorlage 01.06.
8	StaRUG-Planentwurf für Gerichtsvorlage finalisieren	Drosselberg	25.06.2026

Honorarübersicht (kumuliert bis 28. Mai 2026)

Datum	Tätigkeit	Zeitaufwand	Betrag
22.04.	Erstberatung, Mandatsannahme	7 h	3.920 EUR
23.–30.04.	Aktenstruktur, Liquiditätsplan, IDW S 6 Vorbereitung	18 h	8.640 EUR
02.–05.05.	IDW S 6, Antragsunterlagen, Einreichung	14 h	6.720 EUR
05.–15.05.	Gläubigerkommunikatio n, Sparkassen-Verhand lung	12 h	5.760 EUR
15.–28.05.	Anfechtungsprüfung, BTC-Konzept, Strategie-Memo	16 h	7.680 EUR
Gesamt		**67 h**	**32.720 EUR**

Verrechnung mit Vorschuss (50.000 EUR): Verbleibend 17.280 EUR.

Interne Kanzleinotizen – Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

Stand: 28. Mai 2026 – Vertraulich

Datei: 16_korrespondenz_aluminium_stade.md

16 – Korrespondenz mit Aluminium Stade GmbH & Co. KG / RA Lauterbach

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Zeitraum: Mai–Juni 2026

Ausgangssachverhalt

Aluminium Stade GmbH & Co. KG (Sitz: Industriestraße 22, 21683 Stade) ist der Hauptlieferant für Aluminiumlegierungen der Mandantin. Die offene Forderung beläuft sich auf 890.000 EUR, entstanden aus Lieferungen Oktober 2025 bis März 2026.

Aluminium Stade ist anwaltlich vertreten durch RA Christian Lauterbach, Kanzlei Lauterbach & Stölzner, Alsterchaussee 4, 20149 Hamburg.

Schreiben RA Lauterbach an Dr. Drosselberg (08. Mai 2026)

Lauterbach → Drosselberg, 08.05.2026, per E-Mail:

> Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Drosselberg, > > ich vertrete die Aluminium Stade GmbH & Co. KG in der Forderungsangelegenheit gegen > die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG. Meiner Mandantin sind durch die > offenen Verbindlichkeiten (890.000 EUR) erhebliche Liquiditätsnachteile entstanden. > > Ich bitte um Mitteilung, ob und in welchem Umfang Ihre Mandantin zur > außergerichtlichen Einigung bereit ist. Andernfalls werde ich meine Mandantin > zu weiteren rechtlichen Schritten beraten. > > Mit kollegialen Grüßen > Christian Lauterbach, Rechtsanwalt

Antwort Dr. Drosselberg an RA Lauterbach (14. Mai 2026)

> Sehr geehrter Herr Kollege Lauterbach, > > ich bestätige Ihre E-Mail vom 08. Mai 2026. > > Ich teile Ihnen mit, dass meine Mandantin am 05. Mai 2026 beim Amtsgericht Erfurt > einen Schuttschirmantrag nach § 270d InsO gestellt hat (Az.: 203 IN 71/26 SA). > Gleichzeitig wurde eine Restrukturierungssache nach StaRUG beim Restrukturierungs- > gericht Erfurt angezeigt (Az.: 203 RES 7/26). > > Im Rahmen dieses Verfahrens wird ein Restrukturierungsplan erarbeitet, der die > Forderungen Ihrer Mandantin wie folgt berücksichtigt: > > - Forderungsverzicht: 25 % (222.500 EUR) > - Rückzahlung: 75 % (667.500 EUR) in 18 Monatsraten ab Juli 2026 (ca. 37.083 EUR/Monat) > - Keine Zinsen während der Planphase > - Liefervertrag: Verlängerung auf 3 Jahre (Bestandsgarantie) > > Ich lade Ihre Mandantin und Sie herzlich zu einem Verhandlungsgespräch am 14. Juni 2026 > um 10:00 Uhr in unserer Kanzlei in Erfurt ein. Anreise und Übernachtungskosten übernehmen > wir selbstverständlich. > > Mit kollegialen Grüßen > Dr. Maximilian Drosselberg, Rechtsanwalt

Antwort RA Lauterbach (22. Mai 2026)

> Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Drosselberg, > > vielen Dank für Ihre ausführliche Antwort vom 14. Mai 2026. > > Ich habe die Verfahrenslage und Ihr Angebot mit meiner Mandantin besprochen. > Aluminium Stade ist grundsätzlich bereit, an Verhandlungen teilzunehmen. > Der Termin am 14. Juni 2026 wird bestätigt. > > Meine Mandantin stellt aber vorab folgende Bedingungen für eine konstruktive Teilnahme: > > 1. Eine Sofortzahlung von mindestens 100.000 EUR bis spätestens 31. Mai 2026, > um das Vertrauen zu stärken. > 2. Vorlage des IDW-S-6-Gutachtens vor dem Verhandlungstermin. > 3. Schriftliche Bestätigung, dass Aluminium Stade als Hauptlieferant für > Aluminiumlegierungen für die nächsten 3

Jahre gesetzt ist. > > Der Forderungsverzicht von 25 % ist aus Sicht meiner Mandantin derzeit nicht akzeptabel. > Ich erbitte eine Verbesserung auf 15 % Verzicht / 85 % Rückzahlung. > > Mit kollegialen Grüßen > Christian Lauterbach

Interne Notiz Dr. Drosselberg (23. Mai 2026)

Lauterbach-Antwort erhalten. Analyse:

- **Sofortzahlung 100 TEUR bis 31.05.2026:** Machbar aus der Factoring-Linie (Eurofactor, ab ca. 27.05. verfügbar). Dem kann zugestimmt werden.
- **IDW-S-6-Vorlage:** Bereits der Sparkasse übergeben; Lauterbach erhält Version mit gekürzten Anhängen (keine vollständige Offenbarung ohne gerichtliche Auflage).
- **Lieferantengarantie 3 Jahre:** Intern unproblematisch; wird Bestandteil des Plans.
- **Verzicht 15 % statt 25 %:** Gegenvorschlag 20 % – mittlerer Kompromiss.

Gegenstrategie:

- Sofortzahlung 80 TEUR (nicht 100 TEUR): als Goodwill-Geste
- IDW-S-6-Auszug (ohne Anhänge): bis 30.05. zusenden
- Verzicht-Kompromiss: Angebot 20 % für Verhandlung 14.06.
- Einkaufsgarantie: schriftlich zusagen

Antwort Dr. Drosselberg an RA Lauterbach (25. Mai 2026)

> Sehr geehrter Herr Kollege Lauterbach, > > ich danke für Ihre Rückmeldung vom 22. Mai 2026. > > Meine Mandantin ist bereit, folgende Konzessionen zu machen: > > 1. **Sofortzahlung 80.000 EUR** bis spätestens 01. Juni 2026 (aus Factoringmitteln) > 2. **IDW-S-6-Auszug** (Basis-Fassung ohne vertrauliche Anhänge) wird Ihnen bis > 30. Mai 2026 zugeleitet > 3. **Einkaufsgarantie** für Aluminiumlegierungen 2026–2028: schriftliche Zusage > mit Mindestabnahmemenge (ca. 850 t/Jahr) > 4. **Verzicht 20 %** (178.000 EUR); Rückzahlung 80 % (712.000 EUR) in 18 Raten > > Ich freue mich auf den Verhandlungstermin am 14. Juni 2026 und bitte um schriftliche > Bestätigung Ihrer Teilnahme. > > Mit kollegialen Grüßen > Dr. Maximilian Drosselberg

Akteneinlage: Korrespondenz Aluminium Stade / RA Lauterbach

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt – Mai 2026

Datei: 17_liquiditaetsanalyse.md

17 – Liquiditätsanalyse

Mandantin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG

Erstellt: 28. April 2026 (aktualisiert 15. Mai 2026)

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Rainer Pabst (Prokurist) + RAin Claudia Feuerbach

Zweck: Grundlage IDW S 6, Schutzschirmantrag, Gläubigerverhandlungen

1. Ist-Liquidität per 22. April 2026

Konto	Bank	Kontonummer	Saldo (EUR)
Girokonto (betrieblich)	Sparkasse Mittelthüringen	DE88 8205 0000 3312 7744 00	+187.420
Girokonto (Nebengeschäft)	Commerzbank Erfurt	DE22 2004 0060 0877 1234 00	+43.100
Festgeldkonto (ausläuft 30.06.2026)	Sparkasse	DE88 8205 0000 3312 7744 01	+220.000
Verfügbare Barmittel gesamt			**+450.520**
Verfügbarer KK-Rahmen (nach Kürzung: 2 Mio. EUR – Inanspruchnahme 1.688 TEUR)			+312.000
Gesamte verfügbare Liquidität			**+762.520**

2. Kurzfristig Fällige Verbindlichkeiten (April/Mai 2026)

Gläubiger	Fälligkeit	Betrag (EUR)	Status
Löhne + Gehälter April 2026 (187 MA)	30.04.2026	623.000	DRINGEND
Sozialversicherungsbei- träge April 2026	30.04.2026	112.000	DRINGEND
Aluminium Stade GmbH & Co. KG	15.03.2026 (überfällig)	890.000	ÜBERFÄLLIG
Magnesium Manfred Voß KG	01.03.2026 (überfällig)	340.000	ÜBERFÄLLIG
Finanzamt Erfurt (USt, Q4/2025)	10.04.2026 (überfällig)	187.000	ÜBERFÄLLIG
Finanzamt Erfurt (LSt März 2026)	10.04.2026 (überfällig)	45.000	ÜBERFÄLLIG
Kanzleivorschuss Drosselberg	25.04.2026	50.000	FÄLLIG
Energieversorger E.ON (März + April)	15.04.2026 (teilw. überfällig)	211.000	ÜBERFÄLLIG
Leasingraten Maschinenlease (April)	01.04.2026	87.000	DRINGEND
Sonstige Verbindlichkeiten	Diverse	168.000	

Gläubiger	Fälligkeit	Betrag (EUR)	Status
SUMME KURZFRISTIG FÄLLIG		**2.713.000**	

Liquiditätslücke per 22. April 2026: 2.713.000 – 762.520 = **–1.950.480 EUR**

3. Liquiditätsquellen (Kurzfristig aktivierbar)

Quelle	Einschätzung	Betrag (EUR)	Wann verfügbar
Insolvenzgeld (BA, 3 Mon. rückwirkend)	Sicher	1.869.000	Mai–Juni 2026
Factoring Eurofactor (80 % der Debitorenforderungen)	Hoch	800.000	Ab 27.05.2026
BTC-Liquidierung Friedhelm Großbach (Einlage)	Bestätigt	600.000	Ab 02.06.2026
Maschinenverkauf (3 ältere Druckgussanlagen)	Mittel	1.200.000	Bis Juli 2026
Festgeldkonto (fällig 30.06.2026)	Sicher	220.000	30.06.2026
Sparkasse: Verlängerung Standstill	Wahrscheinlich	0 (zeitl. Puffer)	Ab 30.06.2026
SUMME LIQUIDITÄT SQUELLEN		**4.689.000**	

4. 13-Wochen-Liquiditätsvorschau (KW 17–29/2026)

(Detaillierte Tabelle in xlsx/liquiditaetsplan_13wochen.xlsx)

Zusammenfassung der Entwicklung:

Woche	KW	Liquiditätssaldo (kumuliert, EUR)	Kritisch?
1	KW 18/2026	-1.950.480 (Ausgangslücke)	JA
2	KW 19/2026	-1.243.000 (nach Insolvenzgeld-Antrag)	JA
3	KW 20/2026	-892.000	KRITISCH
4	KW 21/2026	-489.000 (nach Factoring-Ersteinkauf)	KRITISCH
5	KW 22/2026	-201.000	ANGESPANNT

Woche	KW	Liquiditätssaldo (kumuliert, EUR)	Kritisch?
6	KW 23/2026	+47.000 (nach BTC-Einlage)	STABIL
7	KW 24/2026	+312.000	STABIL
8	KW 25/2026	+178.000 (nach Löhnen Mai)	STABIL
9	KW 26/2026	+421.000	STABIL
10	KW 27/2026	+598.000 (nach Maschinenverkauf TW1)	POSITIV
11	KW 28/2026	+523.000	POSITIV
12	KW 29/2026	+681.000 (nach Festgeld-Auflösung)	POSITIV
13	KW 30/2026	+744.000	POSITIV

Kritische Phase: KW 18–22/2026 (April/Mai 2026). In dieser Phase müssen folgende Sofortmaßnahmen greifen: Insolvenzgeld-Antragstellung, Factoring-Aktivierung, Moratorium Aluminium Stade und Voß.

5. Mittelfristiger Finanzausblick

Jahr	Umsatz (Mio. EUR)	EBITDA (Mio. EUR)	Liquide Mittel (Mio. EUR)
2025 (IST vorl.)	31,4	-1,4	0,5
2026 (Basis-Plan)	28,7	-0,3	0,6
2027 (Basis-Plan)	31,2	+1,9	1,4
2028 (Basis-Plan)	35,8	+3,1	2,8

Annahmen: Personalreduzierung auf 162 MA ab Q4/2026; Neukundengeschäft E-Mobility ab Q3/2027; Energiekostenstabilisierung durch PV-Anlage ab Q4/2026

Liquiditätsanalyse – Drosselberg & Partner / Pabst Rechnungswesen

Erstellt 28. April 2026, aktualisiert 15. Mai 2026

Datei: 18_siemens_vertragsstrafe_risiko.md

18 – Siemens Mobility – Vertragsstrafe (Pönale) Risikoanalyse

Bearbeiter: RAin Claudia Feuerbach

Datum: 26. Mai 2026

1. Vertragliche Grundlage

Die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG liefert an die Siemens Mobility GmbH (Werk Krefeld, Produktionsbereich Triebwerkskomponenten) Präzisions-Aluminiumgussteile (Tragrahmenkomponenten für ICE-4 und ICE-3neo, Bestellvolumen ca. 3,2 Mio. EUR/Jahr).

Vertragsstrafe-Klausel (§ 7 Rahmenliefervertrag vom 12.03.2021):

> „Unterschreitet die Liefertreue-Quote des Lieferanten in zwei aufeinanderfolgenden > Kalenderquartalen den vereinbarten Mindest-KPI von 95 % (On-Time-In-Full), ist der > Lieferant verpflichtet, eine pauschalisierte Vertragsstrafe in Höhe von 2,5 % des > Jahresauftragsvolumens pro Quartal zu zahlen, maximal jedoch 1.200.000 EUR in Summe.“

Sachverhalt:

- Liefertreue-Quote Q3/2025: 87 % (unter Mindest-KPI 95 %)
- Liefertreue-Quote Q4/2025: 83 % (ebenfalls unter Mindest-KPI)
- → Tatbestand der Pönale-Klausel ist dem Grunde nach erfüllt
- Siemens-Schreiben vom 18. März 2026 (Pönale-Ankündigung): Forderung 1.200.000 EUR

2. Rechtliche Analyse der Pönale-Klausel

2.1 Wirksamkeit der Klausel (§ 343 BGB, § 307 BGB)

Vertragsstrafen sind im kaufmännischen Rechtsverkehr grundsätzlich zulässig (§§ 339 ff. BGB, § 348 HGB). Bei vorformulierten Vertragsbedingungen (AGB) unterliegen sie der Inhaltskontrolle gemäß § 307 BGB (unangemessene Benachteiligung).

Einschätzung: 2,5 % des Jahresauftragsvolumens (~80.000 EUR/Quartal) erscheint nicht unverhältnismäßig. Der Maximalbetrag von 1.200.000 EUR (ca. 37,5 % des Jahresvolumens) ist erheblich, aber branchenüblich für sicherheitskritische Komponenten (Siemens Mobility liefert an DB Fernverkehr).

Allerdings könnte § 343 BGB (gerichtliche Herabsetzung) relevant sein, wenn die verwirkte Strafe unverhältnismäßig hoch ist. Angesichts des tatsächlichen Schadens (Siemens musste möglicherweise Alternativlieferanten einsetzen) ist eine gerichtliche Herabsetzung auf ca. 400.000–600.000 EUR denkbar.

2.2 Krätemessen: Selbstverschulden vs. Höhere Gewalt

Argument der Mandantin: Die Lieferverzögerungen in Q3/Q4 2025 waren teilweise auf Materialengpässe (Aluminiumlieferung Aluminium Stade, Verzögerungen Juli 2025) zurückzuführen, die ihrerseits höhere Gewalt (Transportkrise, Suezkanal-Umweg) darstellen.

Gemäß § 313 BGB (Störung der Geschäftsgrundlage) könnte eine Anpassung des Vertrags beantragt werden. Die Hürden sind hoch, aber der Vorwurf der höheren Gewalt ist als Verhandlungsargument geeignet.

3. Verhandlungsstrategie Siemens

3.1 Ziele der Verhandlung

- **Maximalziel:** Vollständiger Verzicht auf die Pönale (Verweis auf Lieferkettenprobleme,

höhere Gewalt)

- **Realistisches Ziel:** Reduzierung auf 300.000–400.000 EUR (25–33 % der Forderung)
- **Fallback:** Ratenzahlung der Pönale über 24 Monate, keine Sofortzahlung

3.2 Verhandlungsargumente

1. **Continuity:** Großbach ist seit 2014 Lieferant für Siemens Mobility ohne vergleichbare Leistungsprobleme. Einmaliges Ereignis.
2. **Insolvenzverfahren:** Im Schutzschirmverfahren kann die Pönale als Masseverbindlichkeit in den Plan aufgenommen werden; Siemens würde im Insolvenzfall deutlich weniger erhalten.
3. **Alternative Lieferanten:** Siemens müsste einen neuen Druckguss-Lieferanten qualifizieren (Prozess dauert 12–18 Monate); dies verursacht ebenfalls erhebliche Kosten.
4. **Investitionszusage:** Großbach kann eine Investition in moderne CNC-Bearbeitungszentren für Siemens-spezifische Teile zusagen (Qualitätsverbesserung, Liefertreue-Steigerung).

3.3 Mögliche Einigung

Vorschlag Drosselberg an Siemens (Entwurf, noch nicht versandt):

- Pönale-Reduzierung auf 250.000 EUR (aus Kulanz, ohne Anerkennung der Verpflichtung dem Grunde nach)
- Zahlung: 50.000 EUR sofort (aus Factoring), 200.000 EUR im Rahmen des Sanierungsplans (2027–2028)
- Gegenzug: Großbach sagt Investition in neue Bearbeitungsmaschinen zu; Liefertreue-Quote wird vertraglich auf 97 % angehoben

4. Risikoeinschätzung

Szenario	Wahrscheinlichkeit	Finanzieller Impact
Vollständiger Pönale-Verzicht	10 %	0 EUR
Einigung 250.000 EUR	40 %	250.000 EUR (handhabbar)
Einigung 500.000 EUR	35 %	500.000 EUR (im Plan darstellbar)
Volle Pönale 1.200.000 EUR	15 %	1.200.000 EUR (Plan-gefährdend)

Risikoanalyse erstellt von: RAin Claudia Feuerbach

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt, 26. Mai 2026

Datei: 19_schutzschirmverwalter_bericht.md

19 – Sachwalter-Bericht (Vorläufig)

Vorläufiger Sachwalter: RA Dr. Henrik Sonnenschein, Fachanwalt für Insolvenzrecht Hegelstraße 14, 39104 Magdeburg

Schuldnerin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG, Erfurt

Aktenzeichen: 203 IN 71/26 SA (AG Erfurt)

Berichtsstichtag: 20. Mai 2026

Adressat: AG Erfurt – Insolvenzgericht (Richterin Sabine Kern)

1. Bestellungsgrundlage und Auftrag

Der Unterzeichner wurde durch Beschluss des Amtsgerichts Erfurt vom **07. Mai 2026** zum vorläufigen Sachwalter im Schutzschirmverfahren der Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG bestellt. Das Gericht hat angeordnet:

1. Vorläufige Eigenverwaltung der Schuldnerin unter Aufsicht des Sachwalters (§ 270b InsO)
2. Schutzschirm gemäß § 270d InsO; Schutzschirmfrist: 3 Monate (bis 07.08.2026)
3. Vollstreckungssperre gemäß § 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 InsO für alle laufenden Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

2. Erste Bestandsaufnahme (Stand 20. Mai 2026)

2.1 Betriebsstätte

Das Produktionswerk der Schuldnerin in der Anscharstraße 14, 99084 Erfurt umfasst:

- **Werk 1** (Hauptgebäude, Baujahr 1974, saniert 2008): 8.200 m² Produktionsfläche, Druckguss-Hochdruckanlagen (14 Stück, Schließkraft 800–3.500 t), Schmelzöfen
- **Werk 2** (Neubau 2015): 3.400 m² CNC-Bearbeitungszentrum und Qualitätsprüfung
- **Verwaltungsgebäude:** 1.200 m², Büros GF und Verwaltung

Feststellung: Der Betrieb läuft uneingeschränkt. Der Unterzeichner hat am 14. und 20. Mai 2026 Betriebsbesichtigungen durchgeführt. Kein Produktionsstillstand festgestellt. Auftragsbücher sind für Q2/2026 zu 78 % ausgelastet, für Q3/2026 zu 61 %.

2.2 Personalsituation

- 187 Arbeitnehmer (inkl. 12 Leiharbeitskräfte)
- Betriebsrat: 7 Mitglieder, Vorsitzender Karl-Heinz Möller
- Gespräch mit Betriebsrat am 15. Mai 2026: Belegschaft ist informiert und kooperativ; Betriebsrat hat Verständnis für Sanierungsnotwendigkeit signalisiert
- Insolvenzgeldantrag wurde am 12. Mai 2026 durch Pabst bei der Bundesagentur für Arbeit Erfurt gestellt (Referenz-Nr. 2026-EF-INS-3341)

2.3 Buchführung und Rechnungswesen

Die Buchführung der Schuldnerin ist ordnungsgemäß. Die Bilanz 2024 (geprüft) und die vorläufige BWA bis April 2026 wurden dem Sachwalter vollständig übergeben.

Auffälligkeit: Die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens (380.000 EUR, 18.01.2026) ist buchhalterisch korrekt erfasst. Der Sachwalter wird die Anfechtungsrelevanz weiter prüfen.

3. Kassensturz (vorläufig)

Position	Wert (EUR)
Barmittel und Bankguthaben	450.520
Verfügbare KK-Rahmen	312.000
Offene Debitorenforderungen (< 60 Tage)	2.140.000
Vorräte (Aluminiumbarren, Halbfertigprodukte, Fertigwaren)	1.180.000
Maschinen und Anlagen (Zeitwert, vereinfacht)	3.200.000
Grundstück und Gebäude (Schätzwert)	3.200.000
Geschätzte Aktivmasse (Fortführungswert)	**10.482.520**
Gesicherte Kreditgläubiger (Sparkasse)	4.800.000
Ungesicherte Verbindlichkeiten (gesamt)	3.890.000
Rückstellungen und sonstige	640.000
Geschätzte Passivmasse	**9.330.000**
Rechnerischer Überschuss (Fortführung)	**+1.152.520**

Ergebnis: Unter Fortführungswerten ist keine Überschuldung feststellbar. Die Sanierungsfähigkeit wird durch diese Zahlen gestützt.

4. Sachwalter-Stellungnahme zur Eigenverwaltung

Der Sachwalter hat gemäß § 274 InsO die Geschäftsführung der Schuldnerin zu überwachen. In diesem Zusammenhang wurden keine Verstöße gegen die Pflichten der Eigenverwaltung festgestellt. Die Geschäftsführung (insbesondere Bertha Großbach-Riemenschneider) agiert transparent und kooperativ.

Empfehlung des Sachwalters: Die Eigenverwaltung sollte aufrechterhalten bleiben. Eine Fremdverwaltung wäre kontraproduktiv, da die Mandantin von der persönlichen Geschäftsbeziehung zu den Hauptkunden (VW Sachsen, MAN Steyr) abhängt.

5. Ausblick und nächste Schritte (Sachwalter)

Aufgabe	Frist
Vollständige Gläubigerliste (§ 305 InsO)	10.06.2026
Stellungnahme zu StaRUG-Plan-Entwurf	15.07.2026
Zwischenbericht an AG Erfurt	15.07.2026
Abschlussbericht / Empfehlung Planbestätigung	01.08.2026

Vorläufiger Sachwalter: RA Dr. Henrik Sonnenschein, Magdeburg

Druck: 20. Mai 2026 – Amtsgericht Erfurt, Az. 203 IN 71/26 SA

Datei: 20_rueckzahlung_gesellschafterdarlehen.md

20 – Gesellschafterdarlehen – Vollständige Sachverhaltsrekonstruktion

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg / RAin Claudia Feuerbach

Datum: 22. Mai 2026

Zweck: Vollständige rechtliche und faktische Aufbereitung für Anfechtungsklage / Vergleich

1. Chronologie des Gesellschafterdarlehens

1.1 Darlehensgewährung 2020

Datum: 04. September 2020

Darlehensgeber: Friedhelm Großbach (Kommanditist, GF bis 2022)

Darlehensnehmerin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG

Betrag: 600.000 EUR

Zweck: Überbrückung von Liquiditätslücken in der COVID-19-Krise

Zinssatz: 3 % p.a. (berechnet auf den jeweils valutierenden Betrag)

Fälligkeit: 31.12.2025 (vertraglich vereinbart) oder auf schriftliche Kündigung

Buchung KG-Bilanzen:

- 31.12.2020: Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern: 600.000 EUR
- 31.12.2021: 600.000 EUR (keine Tilgung)
- 31.12.2022: 600.000 EUR (keine Tilgung)
- 31.12.2023: 600.000 EUR (keine Tilgung)
- 31.12.2024: 600.000 EUR (keine Tilgung, aber Zinsen 18.000 EUR jährlich wurden gezahlt)

1.2 Rückzahlung Januar 2026

Datum der Überweisung: 18. Januar 2026

Betrag: 380.000 EUR

Verwendungszweck laut Kontoauszug: „Teilrückzahlung Darlehen GV F. Großbach 09/2020“

Überweisender: Sparkasse Mittelthüringen KK-Konto der KG

Empfängerkonto: Privatgirokonto Friedhelm Großbach

Nach der Rückzahlung verbliebenes Restdarlehen: 600.000 EUR – 380.000 EUR = **220.000 EUR**

1.3 Situation zum Zeitpunkt der Rückzahlung (18.01.2026)

Kennzahl	Wert per 18.01.2026
KK-Linie Sparkasse (nominell)	4.800.000 EUR
KK-Inanspruchnahme	3.380.000 EUR
Freie KK-Reserve	1.420.000 EUR
Überfällige Verbindlichkeiten	~520.000 EUR (Aluminium Stade, sonstiges)
BWA Januar 2026 (vorläufig)	EBITDA ca. -130.000 EUR
Eigenkapital (bilanziell, 31.12.2025 vorl.)	ca. +4.200.000 EUR

Schlussfolgerung: Zum Zeitpunkt der Rückzahlung war die KG **noch nicht insolvenzreif**.

Zahlungsunfähigkeit lag nicht vor; die freie KK-Reserve von 1,42 Mio. EUR bot kurzfristigen Puffer. Die Rückzahlung war formal möglich.

2. Rechtliche Einordnung der Rückzahlung

2.1 Gesellschafterdarlehen-Eigenart (§ 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO)

Darlehen eines Gesellschafters an die Gesellschaft sind gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 5 InsO im Insolvenzfall **nachrangig** (sie werden erst nach allen anderen Insolvenzgläubigern befriedigt). Die Rückzahlung vor Insolvenz ist aber grundsätzlich erlaubt.

2.2 Anfechtung nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO (objectiver Tatbestand)

Die Rückzahlung erfolgte am 18.01.2026, der Schutzschirmantrag am 05.05.2026. Abstand: **107 Tage = ca. 3,5 Monate** – innerhalb der 12-Monats-Frist des § 135 InsO.

Gemäß § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO ist die Rückzahlung anfechtbar **ohne Rücksicht auf subjektive Elemente** (kein Vorsatz- oder Kenntnis-Erfordernis beim Empfänger).

→ Der Anfechtungsanspruch ist dem Grunde nach gegeben.

2.3 Anfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO (Vorsatzanfechtung)

Für § 133 InsO sind folgende subjektive Tatbestandsmerkmale zu prüfen:

a) Benachteiligungsvorsatz der KG: Leitfrage: Wussten die Geschäftsführer, dass die Rückzahlung die späteren Insolvenzgläubiger benachteiligen würde?

Indizien PRO Vorsatz:

- Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber Aluminium Stade bestanden bereits
- BWA Dezember 2025 zeigte negatives Ergebnis
- Rückzahlung kurz vor Vertragsablauf (31.12.2025) – „Wettlauf mit dem Insolvenzantrag“
- Friedhelm Großbach selbst (einer der Schuldner-GF) ist Empfänger

Indizien GEGEN Vorsatz:

- Vertragsgemäße Fälligkeit war 31.12.2025 – Rückzahlung war geschuldet
- KK-Reserve war noch vorhanden
- Keine Kenntnis der bevorstehenden KK-Kürzung (Sparkassen-Schreiben erst 15.04.2026)

b) Kenntnis Friedhelm Großbach (Empfänger): Als (früherer) Geschäftsführer und aktiver Kommanditist hatte er detaillierte Kenntnis der Finanzlage. Kongruente Leistung (vertragsgemäße Tilgung) schließt Anfechtung nicht aus, wenn Benachteiligungsvorsatz nachgewiesen wird.

Bewertung: § 133 InsO hat mittlere Erfolgchancen (60/40 zugunsten der Anfechtung).

3. Vergleichsoptionen

Option A – Außergerichtliche Einigung (bevorzugt)

Rückzahlung von 300.000 EUR durch Friedhelm Großbach an die Insolvenzmasse in zwei Raten:

- **Rate 1:** 150.000 EUR sofort (aus BTC-Erlösen, Juni 2026)
- **Rate 2:** 150.000 EUR 6 Monate später (Dezember 2026)

Verzicht auf Zinsen (23.750 EUR). Verbleibender Anfechtungsrest (80.000 EUR) wird mit dem Restdarlehen (220.000 EUR, Rangrücktritt bis 2030) verrechnet.

Option B – Klage vor LG Erfurt (Az. 3 O 116/26)

Antrag auf Rückzahlung 380.000 EUR zzgl. Zinsen 23.750 EUR = 403.750 EUR. Streitwert: 403.750 EUR; Gerichtskosten: ca. 5.900 EUR (3. Instanz); Anwaltsgebühren: ca. 11.600 EUR pro Seite (RVG, VV 3100, 3200, 3104). Prozesskostennachteile bei Niederlage.

Dauer: Schätzungsweise 12–18 Monate bis Urteil LG Erfurt (inkl. Beweisaufnahme).

Empfehlung

Option A bevorzugen. Der Zeitgewinn und die Sicherheit des Vergleiches überwiegen gegenüber dem Prozesskostenrisiko. Außerdem hat Friedhelm Großbach eine zentrale Rolle im Sanierungsprozess – ein

Rechtsstreit würde das familiäre und unternehmerische Verhältnis erheblich belasten.

Erstellt von: RA Dr. Maximilian Drosselberg, RAin Claudia Feuerbach

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt, 22. Mai 2026

Datei: 21_gläubigerausschuss_protokoll.md

21 – Gläubigerausschuss – Protokoll der konstituierenden Sitzung

Datum: 25. Juni 2026, 10:00–13:00 Uhr

Ort: Amtsgericht Erfurt, Saal 214, Domplatz 1, 99084 Erfurt

Vorsitzende: Richterin Sabine Kern (AG Erfurt, Insolvenzgericht)

Sachwalter: RA Dr. Henrik Sonnenschein

Teilnehmerliste

Name	Funktion	Vertreten
Hendrik Krause	Gläubigerausschuss-Mitglied	Sparkasse Mittelthüringen
RA Christian Lauterbach	Gläubigerausschuss-Mitglied	Aluminium Stade GmbH & Co. KG
Manfred Voß	Gläubigerausschuss-Mitglied	Magnesium Manfred Voß KG
RR Stefan Neubauer	Gläubigerausschuss-Mitglied	Finanzamt Erfurt
Karl-Heinz Möller	Gläubigerausschuss-Mitglied	Betriebsrat (Arbeitnehmerinteressen)
RA Dr. Henrik Sonnenschein	Vorläufiger Sachwalter	AG Erfurt
RA Dr. Maximilian Drosselberg	Sanierungsberater	Großbach KG (Beobachter)
Bertha Großbach-Riemenschneider	Eigenverwaltung	Schuldnerin
RAin Claudia Feuerbach	Beisitzerin	Drosselberg & Partner

TOP 1: Konstituierung und Wahl des Vorsitzenden

Richterin Kern eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Ausschussmitglieder fest. Der Gläubigerausschuss ist gemäß § 70 InsO aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt, die die wesentlichen Gläubigergruppen sowie die Arbeitnehmer repräsentieren.

Wahl des Ausschussvorsitzenden: Hendrik Krause (Sparkasse) wird einstimmig zum Vorsitzenden des Gläubigerausschusses gewählt. Stellvertreter: RA Christian Lauterbach.

TOP 2: Bericht des Sachwalters (Dr. Sonnenschein)

Dr. Sonnenschein trug seinen Zwischenbericht vor (vgl. Aktenstück 19 – Sachwalter-Bericht). Wesentliche Punkte:

- Betrieb läuft uneingeschränkt; keine Produktionsstopps
- Insolvenzgeld wurde beantragt; Arbeitnehmer erhalten Lohnfortzahlung
- Buchhaltung ist ordnungsgemäß; keine Unterschlagungen oder Unregelmäßigkeiten festgestellt
- Gesellschafterdarlehen-Rückzahlung (380 TEUR, 18.01.2026): Anfechtungsklage wird

vorbereitet; außergerichtliche Einigung angestrebt

- BTC-Bestand Friedhelm Großbach: 8 BTC, ca. 612 TEUR – Verwertung als Sanierungsbeitrag vereinbart; steuerrechtlich unbedenklich (> 1 Jahr Haltedauer)

Manfred Voß meldete sich zu Wort: > „Ich will, dass das klar gesagt wird: Ich hätte das Geld längst haben müssen. > Die 50.000 EUR, die die Anwaltskanzlei angeboten hat, sind eine Beleidigung. > Ich erwarte mindestens 100.000 EUR sofort, dann reden wir über den Rest.“

RA Lauterbach: „Ich unterstütze Herrn Voß. Aluminium Stade wartet ebenfalls. Die Sofortzahlung von 80.000 EUR ist ein Signal, aber nicht ausreichend.“

Krause (Sparkasse): „Meine Mandantin ist bereit, konstruktiv mitzuwirken. Der DtE-Swap ist intern geprüft worden; das Gremium hat grundsätzlich zugestimmt. Wir brauchen aber das Immobiliengutachten, bevor wir unterschreiben.“

Richterin Kern: „Das Immobiliengutachten liegt seit 27. Mai 2026 vor (WSP Immobilien, Gutachter Kaupe): Grundstückswert 3.280.000 EUR. Ich gehe davon aus, dass die Sparkasse damit einverstanden ist.“

Krause: „Ja, das ist ausreichend als Grundlage.“

TOP 3: Stellungnahme Eigenverwaltung zum StaRUG-Plan

Bertha Großbach-Riemenschneider stellte den Planentwurf (Aktenstück 05) vor.

Kernpunkte:

- Gruppe 1 (Sparkasse): DtE-Swap 2 Mio. EUR + Rangrücktritt + Tilgung; Einigung grundsätzlich erreicht; Vertragstext in Vorbereitung
- Gruppe 2 (Lieferanten): Verhandlungen laufen; Forderungsverzicht 20 % / Raten angeboten
- Gruppe 3 (FA Erfurt): Stundungsantrag ausstehend; RR Neubauer: „Wir haben den Antrag noch nicht beschieden, aber ich gehe von Genehmigung aus.“
- Gruppe 4 (Gesellschafterdarlehen): Rangrücktritt akzeptiert

Voß: „20 % Verzicht? Das akzeptiere ich nicht. Entweder 100 % oder ich stimme gegen den Plan.“

Dr. Drosselberg: „Herr Voß, ich darf darauf hinweisen, dass das Gericht gemäß § 26 StaRUG den Plan auch gegen eine ablehnende Gruppe bestätigen kann, sofern Sie durch den Plan nicht schlechter gestellt werden als in der Regelinsolvenz. Ihre Quote dort wäre ca. 4 % – weit weniger als die angebotenen 80 %.“

Voß: „Das lasse ich prüfen.“

TOP 4: Beschlüsse des Gläubigerausschusses

Beschluss 1: Der Gläubigerausschuss nimmt den Sachwalter-Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmung: 5:0 (einstimmig)

Beschluss 2: Der Gläubigerausschuss genehmigt die Factoring-Vereinbarung mit Eurofactor GmbH (Vorfinanzierung Debitorenforderungen, Volumen max. 1 Mio. EUR, Gebühr 2,8 % p.a.) als Liquiditätssicherungsmaßnahme.

Abstimmung: 4:1 (Voß enthält sich)

Beschluss 3: Die Abstimmung über den StaRUG-Plan wird für den **15. Juli 2026, 10:00 Uhr** beim AG Erfurt (203 RES 7/26) terminiert. Alle Gläubiger erhalten Ladung bis 25. Juni 2026.

Abstimmung: 5:0 (einstimmig)

Beschluss 4: Anfechtungsklage gegen Friedhelm Großbach (Gesellschafterdarlehen 380 TEUR): Der Sachwalter wird bevollmächtigt, eine außergerichtliche Einigung anzustreben. Falls bis 15.07.2026 keine Einigung, Klagebevollmächtigung des Sachwalters.

Abstimmung: 4:1 (Voß enthält sich erneut)

Nächster Termin

Zweite Sitzung Gläubigerausschuss: **16. Juli 2026** (nach Planabstimmung 15.07.)

Protokoll: RAin Claudia Feuerbach (Beisitzerin)

Amtsgericht Erfurt – Gläubigerausschuss 203 IN 71/26 SA – 25. Juni 2026

Datei: 22_abschluss_zusammenfassung.md

22 – Abschlusszusammenfassung und Verfahrensstand

Mandantin: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG, Erfurt

Kanzlei: Drosselberg & Partner Insolvenzrecht

Bearbeiter: RA Dr. Maximilian Drosselberg

Datum: 30. Juni 2026

Verfahrensstand: Ende Phase 1 (Stabilisierung)

1. Verfahrensübersicht – Was wurde erreicht?

1.1 Schutzschirmverfahren (203 IN 71/26 SA)

Meilenstein	Datum	Status
Einreichung Schutzschirmantrag	05.05.2026	✓

Meilenstein	Datum	Status
Gerichtsbeschluss (Schutzschirmordnung)	07.05.2026	✓
Bestellung Sachwalter Dr. Sonnenschein	07.05.2026	✓
Vollstreckungssperre angeordnet	07.05.2026	✓
Sachwalter-Zwischenbericht	20.05.2026	✓
Gläubigerausschuss konstituiert	25.06.2026	✓
Schutzschirmfrist läuft bis	**07.08.2026**	AKTIV

1.2 Restrukturierungssache StaRUG (203 RES 7/26)

Meilenstein	Datum	Status
Anzeige Restrukturierungssache	05.05.2026	✓
Stabilisierungsanordnung beantragt	07.05.2026	✓
Planentwurf erstellt	08.05.2026	✓
Vorprüfung § 46 StaRUG	15.06.2026	✓ (positiv)
Abstimmungstermin	**15.07.2026**	BEVORSTEHEND

1.3 Anfechtungssache (3 O 116/26 LG Erfurt)

Gegenstand	Status	Ergebnis
Gesellschafterdarlehen Friedhelm Großbach (380 TEUR)	Außergerichtliche Einigung angestrebt	Angebot 300 TEUR in 2 Raten – Reaktion ausstehend
Bonus Bertha Großbach-Riemenschneider (22 TEUR netto)	Verhandlung	Bertha konsultiert eigenen Anwalt

2. Gläubiger – Stand der Einigungen

Gläubiger	Forderung	Vereinbarung	Status
Sparkasse Mittelthüringen	4.800.000 EUR	DtE-Swap 2 Mio. + Rangrücktritt + Tilgung; Vertrag in Bearbeitung	Fast einig

Gläubiger	Forderung	Vereinbarung	Status
Aluminium Stade / RA Lauterbach	890.000 EUR	20 % Verzicht + 80 % Raten; Sofortzahlung 80 TEUR	Positiv
Magnesium Voß	340.000 EUR	Sofortzahlung 50 TEUR zugesagt; Voß fordert mehr	Kritisch
Finanzamt Erfurt	312.000 EUR	Stundungsantrag genehmigt (12 Monate)	Einig
Siemens Mobility (Pönale)	1.200.000 EUR	Verhandlung läuft; Angebot 250 TEUR	Laufend

3. Operative Sanierungsmaßnahmen – Umsetzungsstand

Maßnahme	Ziel	Status
Insolvenzgeld (Bundesagentur für Arbeit)	1.869.000 EUR	Beantragt 12.05.; Bewilligungsbescheid 28.05.2026 ✓
Factoring Eurofactor	800.000 EUR	Vertrag unterzeichnet 27.05.; Erstbetrag 650.000 EUR ausgezahlt ✓
BTC-Liquidierung (8 BTC)	600.000 EUR Einlage	In Vorbereitung; Steuerberater eingeschaltet; Verkauf geplant Juli 2026
Maschinenverkauf (3 Anlagen)	1.200.000 EUR	Kaufinteressenten identifiziert (2 Anlagen); Notartermin Juli 2026
Personalreduzierung 187 → 162 MA	-910.000 EUR p.a.	Sozialplan mit Betriebsrat in Verhandlung; Abschluss September 2026
Kurzarbeit (40 MA, 6 Monate)	-340.000 EUR	Kurzarbeit-Antrag 22.05.2026 gestellt; Genehmigung erwartet
Energiekostenoptimierung	-480.000 EUR p.a.	PV-Anlage-Angebote eingeholt; Auftragsvergabe Q3/2026

4. Finanzielle Gesamtbilanz der Sanierung (Zwischenstand)

Maßnahme	Liquiditätseffekt (EUR)	Zeithorizont
Insolvenzgeld	+1.869.000	Mai–Juli 2026
Factoring-Erstbetrag	+650.000	Mai 2026
BTC-Einlage (geplant)	+600.000	Juli 2026
Maschinenverkauf (erwartet)	+1.200.000	Juli 2026

Maßnahme	Liquiditätseffekt (EUR)	Zeithorizont
Sparkasse Standstill	Zeitpuffer 4.800.000	bis 30.09.2026
Debt-to-Equity-Swap	Reduktion Schulden 2.000.000	Q3/2026
Gesamtentlastung bis Ende 2026	**+6.319.000**	

Gesamte Sanierungslücke (ursprünglich): ca. 4.500.000 EUR

Gesamtentlastung bis Ende 2026: ca. 6.319.000 EUR

Sicherheitspuffer: ca. 1.819.000 EUR

Bewertung: Der Sanierungsplan ist im Basisszenario durchführbar. Der Sicherheitspuffer ist ausreichend, um das pessimistische Szenario (Pönale Siemens 1,2 Mio., Maschinenverkauf teilweise verzögert) aufzufangen.

5. Ausblick

Juli 2026:

- Abstimmungstermin StaRUG-Plan 15.07.
- Sachwalter-Abschlussbericht 01.08.
- BTC-Liquidierung
- Maschinenverkauf Notartermin

August 2026:

- Ende Schutzschirmfrist 07.08. → Planbestätigung oder Übergang reguläres Verfahren
- Personalmaßnahmen abgeschlossen

2027:

- KG kehrt zu positiver Liquidität zurück
- Neue Kundenakquisition E-Mobility läuft an
- Sparkasse-Tilgungsraten beginnen

6. Kanzlei-Schlussbemerkung

Das Mandat Großbach ist eines der komplexesten Insolvenz-Sanierungsmandate, die Drosselberg & Partner in den letzten fünf Jahren bearbeitet hat. Die Kombination aus StaRUG-Verfahren, Schutzschirmverfahren, Anfechtungsansprüchen und der Krypto-Verwertung hat juristische Neuland-Fragen aufgeworfen, insbesondere zur steuerlichen Behandlung und zur Massezugehörigkeit von Kryptowährungen in Familienunternehmen-Konstellationen.

Die Mandantin hat von Anfang an professionell und transparent mitgearbeitet. Bertha Großbach-Riemenschneider hat sich als pragmatische und entscheidungsfreudige Sanierererin erwiesen. Wir sind zuversichtlich, dass das Unternehmen die Sanierung erfolgreich abschließen wird.

Abschlusszusammenfassung Phase 1

RA Dr. Maximilian Drosselberg, Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

30. Juni 2026

E-Mails

Datei: eml/01_sparkasse_kuerzung_eingang.eml

Von	Hendrik.Krause@sparkasse-mittelthueringen.de
An	f.grossbach@grossbach-druckguss.de
Datum	Wed, 15 Apr 2026 09:17:34 +0200
Betreff	Anpassung Kontokorrentlinie – dringende Mitteilung

Sehr geehrter Herr Großbach,

mit diesem Schreiben teile ich Ihnen mit, dass die Sparkasse Mittelthüringen Ihre bestehende Kontokorrentlinie (Kreditvertrag Nr. 2022-KK-4471 vom 12. März 2022) mit sofortiger Wirkung von 4.800.000 EUR auf 2.000.000 EUR anpassen muss.

Hintergrund dieser Maßnahme ist die Unterschreitung der in § 12 Abs. 3 des Kreditvertrags vereinbarten Mindest-EBITDA-Marge von 2,0 %. Gemäß Ihrer eingereichten vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2025 weist die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG ein negatives EBITDA aus (-1,4 Mio. EUR, vorläufig). Dies stellt einen Covenant-Verstoß dar, der uns aufsichtsrechtlich verpflichtet, die Kreditlinie anzupassen.

Wir sind uns der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Schritts bewusst und stehen weiterhin als langjähriger Partner (seit 1972) an Ihrer Seite.

Ich bitte Sie daher, uns innerhalb von vier Wochen ein aktuelles Sanierungskonzept sowie einen 13-Wochen-Liquiditätsplan vorzulegen.

Die Anpassung der Kreditlinie wird per heute, 15. April 2026, wirksam.

Der verbleibende Rahmen von 2.000.000 EUR steht Ihnen unverändert zur Verfügung.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hendrik Krause

Firmenkundenberater | Sparkasse Mittelthüringen

Bahnhofstraße 34 | 99084 Erfurt

Tel.: 0361 / 555 22-41

E-Mail: Hendrik.Krause@sparkasse-mittelthueringen.de

--

Diese E-Mail und alle Anlagen sind vertraulich. Unbefugte Weiterleitung oder Verwendung ist nicht gestattet. Sparkasse Mittelthüringen, Anstalt des öffentlichen Rechts, Sitz: Erfurt. Aufsichtsbehörde: Thüringer Finanzministerium.

Datei: eml/02_aluminium_stade_mahnung.eml

Von	r.langner@aluminium-stade.de
An	r.pabst@grossbach-druckguss.de
Datum	Tue, 17 Mar 2026 14:22:08 +0100

3. MAHNUNG – DRINGLICH

Sehr geehrter Herr Pabst,

trotz unserer Mahnschreiben vom 02.02.2026 und vom 01.03.2026 sind die nachstehend aufgeführten Rechnungen bis heute unbezahlt geblieben.

Offene Rechnungen (Stand: 17. März 2026):

Rechnungsnummer | Rechnungsdatum | Fälligkeit | Betrag (EUR)

-----|-----|-----|-----

ASG-2025-10-448 | 15.10.2025 | 14.11.2025 | 127.840,00

ASG-2025-11-512 | 12.11.2025 | 12.12.2025 | 198.660,00

ASG-2025-12-589 | 08.12.2025 | 07.01.2026 | 211.300,00

ASG-2026-01-031 | 10.01.2026 | 09.02.2026 | 183.720,00

ASG-2026-02-078 | 14.02.2026 | 16.03.2026 | 168.480,00

GESAMTBETRAG: | 890.000,00 EUR

Die älteste offene Rechnung datiert nunmehr 152 Tage zurück. Diese Situation ist für unser Unternehmen nicht länger tragbar.

Wir fordern Sie auf, den Gesamtbetrag von 890.000,00 EUR (neunhundertneunzigtausend Euro) bis spätestens Freitag, 27. März 2026, auf unser Konto zu überweisen:

Aluminium Stade GmbH & Co. KG

IBAN: DE77 2419 0120 0044 3322 11

BIC: GENODEF1STA | Volksbank Stade-Cuxhaven eG

Falls keine Zahlung bis 27.03.2026 eingeht, werden wir ohne weitere Ankündigung:

1. Alle laufenden Lieferungen sofort einstellen
2. Einen Insolvenzantrag bei Gericht erwägen
3. Das Forderungsmanagement an unsere Rechtsabteilung übergeben

Es wäre uns aufrichtig lieber, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Bitte melden Sie sich umgehend telefonisch: 04141 / 830 77-0.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Langner

Leiter Forderungsmanagement | Aluminium Stade GmbH & Co. KG

Industriestraße 22 | 21683 Stade

Datei: eml/03_drosselberg_mandat_annahme.eml

Von	dr.drosselberg@drosselberg-partner.de
An	f.grossbach@grossbach-druckguss.de
Datum	Wed, 22 Apr 2026 18:32:11 +0200
Betreff	Mandatsannahme und nächste Schritte – Drosselberg & Partner

Sehr geehrter Herr Großbach, sehr geehrte Frau Großbach-Riemenschneider,

ich danke Ihnen herzlich für das heute geführte Gespräch in unserer Kanzlei und Ihr Vertrauen in Drosselberg & Partner.

Ich bestätige hiermit die Annahme des Mandats zur insolvenz- und sanierungsrechtlichen Beratung der Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG.

Gegenstand des Mandats:

- Prüfung und Ausschluss einer Insolvenzantragspflicht (§ 15a InsO)
- Vorbereitung und Einreichung eines Schutzschirmantrags (§ 270d InsO)
- Erstellung des Sanierungskonzepts (IDW S 6) in Kooperation mit WSP Erfurt
- Verhandlungsführung mit Sparkasse Mittelthüringen, Aluminium Stade, Magnesium Voß und dem Finanzamt Erfurt
- Prüfung der Insolvenzanfechtung hinsichtlich der Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens und der Bonuszahlung
- Beratung zur Verwertungsstrategie des Bitcoin-Bestands

Honorar und Vorschuss:

Ich bitte um Überweisung des vereinbarten Vorschusses in Höhe von 50.000 EUR (netto zzgl. MwSt.) bis spätestens 25. April 2026 auf unser Kanzleikonto:

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht

IBAN: DE41 8205 0000 7712 3344 99

Sparkasse Erfurt

Nächste Schritte:

Bis 24. April 2026: Bitte übergeben Sie uns alle verfügbaren Buchhaltungsunterlagen 2024/2025 sowie die aktuellen Kontoauszüge.

Meine Kollegin RAin Claudia Feuerbach wird Ihnen den ausführlichen Mandatsvertrag binnen morgen früh per gesonderter E-Mail zusenden.

Ich stehe für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Maximilian Drosselberg

Rechtsanwalt | Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht

Juri-Gagarin-Ring 55 | 99084 Erfurt

Tel.: 0361 / 430 87-0 | Fax: 0361 / 430 87-99

dr.drosselberg@drosselberg-partner.de

Hinweis: Diese E-Mail enthält anwaltlich vertrauliche Informationen.

Datei: eml/04_bitvavo_wallet_auskunft.eml

Von	support@bitvavo.com
An	friedhelm.grossbach@privatmail.de
Datum	Mon, 27 Apr 2026 10:44:55 +0200
Betreff	Ihre Kontoauskunft – Bitvavo-Account – Transaktionshistorie BTC

Sehr geehrter Herr Großbach,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 23. April 2026 zur Auskunft über Ihren Bitvavo-Account und Ihre Bitcoin-Transaktionshistorie.

Wir haben Ihre Identität erfolgreich verifiziert (KYC-Status: VOLLSTÄNDIG, Verifizierungsdatum: 03. Februar 2022).

Aktuelle Kontoinformationen (Stand: 27. April 2026, 10:30 Uhr CET):

Wallet-Guthaben:

Bitcoin (BTC): 8,00000000 BTC

Aktueller Marktpreis: 76.450,00 EUR/BTC (Bitvavo-Echtzeitkurs)

Gesamtwert: 611.600,00 EUR

Transaktionshistorie (alle BTC-Transaktionen):

Datum | Typ | Menge BTC | Preis (EUR/BTC) | Wert (EUR)

-----|-----|-----|-----|-----

12.03.2022 | Kauf | +2.00 BTC | 25.200,00 | 50.400,00

17.04.2022 | Kauf | +3.00 BTC | 25.900,00 | 77.700,00

29.06.2022 | Kauf | +2.00 BTC | 26.200,00 | 52.400,00

14.08.2022 | Kauf | +1.00 BTC | 25.900,00 | 25.900,00

GESAMT ANSCHAFFUNG: | 206.400,00 EUR

Durchschnittlicher Kaufpreis: 25.800,00 EUR/BTC

Latenter Buchgewinn (unversteuert): ca. 405.200,00 EUR

(Spekulationsfrist gemäß § 23 EStG: seit 14.08.2022 abgelaufen – steuerfreie Veräußerung möglich)

Für eine Veräußerung aller 8 BTC empfehlen wir Limit-Orders in Tranchen.

Bei Bedarf unterstützen wir Sie mit einer offiziellen Transaktionsbescheinigung für steuerliche oder rechtliche Zwecke (auf Anfrage, Bearbeitungszeit 3 Werktage).

Für Fragen wenden Sie sich an support@bitvavo.com oder +31 20 303 33 33.

Mit freundlichen Grüßen

Bitvavo B.V. Customer Support

Prins Bernhardplein 200 | 1097 JB Amsterdam | Niederlande

Lizenz: De Nederlandsche Bank (DNB), VASP-Registrierung Nr. 3148769

HINWEIS: Diese E-Mail ist ausschließlich für den Adressaten bestimmt.

Die darin enthaltenen Informationen sind vertraulich.

Excel-Tabellen

Datei: xlsx/glaeubigerlist_quoten.xlsx

Inhalt konnte nicht gerendert werden: name 'HRFlowable' is not defined

Datei: xlsx/liquiditaetsplan_13wochen.xlsx

Inhalt konnte nicht gerendert werden: name 'HRFlowable' is not defined

Word-Dokumente

Datei: docx/anfechtungsklage_friedhelm_grossbach.docx

DROSSELBERG & PARTNER INSOLVENZRECHT

Juri-Gagarin-Ring 55 | 99084 Erfurt | Tel.: 0361/430 87-0

An das Landgericht Erfurt – Zivilkammer – Friedrich-Engels-Straße 50 99085 Erfurt

Erfurt, 15. Juli 2026

Aktenzeichen: 3 O 116/26

Kläger: Dr. Henrik Sonnenschein, als vorläufiger Sachwalter / Insolvenzverwalter im
Schutzschirmverfahren 203 IN 71/26 SA, handelnd für die Insolvenzmasse der Großbach Druckguss &
Präzision GmbH & Co. KG – Kläger – Beklagter: Friedhelm Großbach, Buchenweg 7, 99094 Erfurt –
Beklagter –

ANFECHTUNGSKLAGE

gemäß §§ 129, 133 Abs. 1, 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO

I. Antrag

Der Kläger beantragt: Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger EUR 380.000,00 (in Worten: dreihundertachtzigtausend Euro) nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 18. Januar 2026 zu zahlen.

II. Sachverhalt

Der Beklagte Friedhelm Großbach ist Kommanditist der Schuldnerin sowie bis zum Jahr 2022 alleiniger Geschäftsführer der Komplementär-GmbH. Am 4. September 2020 gewährte der Beklagte der Schuldnerin ein Darlehen in Höhe von EUR 600.000,00 (Darlehensvertrag, Anlage K 1). Dieses Darlehen wäre vertraglich zum 31. Dezember 2025 zurückzuzahlen gewesen. Tatsächlich wurde am 18. Januar 2026 ein Teilbetrag von EUR 380.000,00 durch die Schuldnerin an den Beklagten überwiesen (Kontoauszug Sparkasse Mittelthüringen, Anlage K 2). Zu diesem Zeitpunkt war die Schuldnerin bereits drohend zahlungsunfähig, wie sich aus der beigefügten Liquiditätsanalyse ergibt (Anlage K 3). Der Schutzschirmantrag wurde am 5. Mai 2026 gestellt.

III. Rechtliche Würdigung

1. Die Rückzahlung ist anfechtbar gemäß § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO, da sie innerhalb der 12-Monats-Frist vor Insolvenzantragstellung erfolgte und es sich um eine Befriedigung einer Gesellschafterdarlehens-Forderung handelt. Dies ist ein objektiver Anfechtungstatbestand ohne Erfordernis subjektiver Voraussetzungen. 2. Hilfsweise ist die Rückzahlung anfechtbar gemäß § 133 Abs. 1 InsO (Vorsatzanfechtung). Der Beklagte kannte als Kommanditist und früherer Allein-Geschäftsführer die wirtschaftliche Krisensituation der Schuldnerin. Er handelte mit dem Wissen, dass die Rückzahlung die übrigen Gläubiger benachteiligen würde (dolus eventualis).

IV. Anlagen

K 1: Darlehensvertrag vom 04. September 2020

K 2: Kontoauszug Sparkasse Mittelthüringen vom 18. Januar 2026

K 3: Liquiditätsanalyse (Auszug) per Januar 2026

K 4: Handelsregistrauszug Großbach Druckguss HRA 4471

K 5: Vollmacht Sachwalter Dr. Sonnenschein

Streitwert: EUR 403.750,00 (Hauptforderung EUR 380.000,00 zzgl. Zinsen EUR 23.750,00)

RA Dr. Maximilian Drosselberg

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt

Rechtsgrundlagen: § 133 InsO (<https://dejure.org/gesetze/InsO/133.html>), § 135 InsO

(<https://dejure.org/gesetze/InsO/135.html>), BGH IX ZR 159/06

(<https://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2009/08/ZR/IX-ZR-159-06.html>)

Datei: docx/schutzschirmantrag_ag_erfurt.docx

DROSSELBERG & PARTNER INSOLVENZRECHT

Juri-Gagarin-Ring 55 | 99084 Erfurt | Tel.: 0361/430 87-0

An das Amtsgericht Erfurt – Insolvenzgericht – Domplatz 1 99084 Erfurt

Erfurt, 5. Mai 2026

In der Insolvenzsache der Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG Anscharstraße 14, 99084 Erfurt – Antragstellerin / Schuldnerin –

ANTRAG AUF ERÖFFNUNG DES INSOLVENZVERFAHRENS IN EIGENVERWALTUNG MIT SCHUTZSCHIRM

gemäß §§ 270d, 270b, 270a InsO

I. Parteibezeichnungen

Die Antragstellerin, die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG (nachfolgend auch "KG" oder "Schuldnerin"), eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Erfurt unter HRA 4471, mit Sitz in 99084 Erfurt, Anscharstraße 14, stellt durch die unterzeichnende Kanzlei, die von ihr bevollmächtigt worden ist, folgenden Antrag:

II. Anträge

Die Antragstellerin beantragt:

1. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Antragstellerin wegen drohender Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO), hilfsweise wegen Überschuldung (§ 19 InsO).
2. Die Anordnung der Eigenverwaltung gemäß § 270b InsO.
3. Die Anordnung des Schutzschirms gemäß § 270d InsO für einen Zeitraum von drei Monaten ab Beschlussdatum.
4. Die Bestellung von Herrn RA Dr. Henrik Sonnenschein, Hegelstraße 14, 39104 Magdeburg, als vorläufigen Sachwalter gemäß § 56a InsO.
5. Die Anordnung einer Vollstreckungssperre gemäß § 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 InsO gegenüber allen Gläubigern.

III. Begründung

1. Die Schuldnerin

Die Antragstellerin ist ein mittelständisches Familienunternehmen mit Sitz in Erfurt, das seit 1962 Aluminium- und Magnesium-Druckgussteile für die Automobilindustrie und den Maschinenbau fertigt. Das Unternehmen beschäftigt 187 Mitarbeiter und erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2023 einen Umsatz von 47,2 Mio. EUR. Zu den Hauptkunden zählen Volkswagen Sachsen GmbH, MAN Steyr GmbH, ZF Sachsen GmbH und Siemens Mobility GmbH.

2. Antragsgründe

Die Antragstellerin befindet sich in einer drohenden Zahlungsunfähigkeit im Sinne des § 18 InsO. Dies ergibt sich aus der beigefügten 13-Wochen-Liquiditätsplanung sowie dem Sanierungskonzept nach IDW S 6 (Anlagen 1 und 2). Ohne Sanierungsmaßnahmen ist ab der 5. Kalenderwoche nach Antragstellung mit einer vollständigen Zahlungsunfähigkeit zu rechnen. Hauptursachen sind: (a) der strukturelle Volumenrückgang im Automobilzuliefergeschäft durch die E-Mobilitäts-Transition, (b) die Energiekostenexplosion 2022–2025, und (c) die kurzfristige Kürzung der Kontokorrentlinie durch die Sparkasse Mittelthüringen am 15. April 2026 von 4,8 Mio. EUR auf 2,0 Mio. EUR.

3. Bescheinigung gemäß § 270d Abs. 1 S. 2 InsO

Dem Antrag beigefügt ist die Bescheinigung des Unterzeichners gemäß § 270d Abs. 1 S. 2 InsO (Anlage 3). Diese bescheinigt: (a) Die Antragstellerin ist nicht zahlungsunfähig im Sinne des § 17 InsO. (b) Die angestrebte Sanierung ist nicht offensichtlich aussichtslos. Das vollständige IDW-S-6-Gutachten (erstellt gemeinsam mit WSP Wirtschaftsprüfung Erfurt GmbH, WP Hans-Dieter Kleemann) liegt als Anlage 2 bei.

4. Sanierungskonzept

Das Sanierungskonzept sieht als wesentliche Maßnahmen vor: Liquidierung des Bitcoin-Bestands (8 BTC, ca. 612.000 EUR) als Gesellschafterbeitrag; Factoring-Vereinbarung (800.000 EUR); Verkauf nicht betriebsnotwendiger Maschinen (1.200.000 EUR); Debt-to-Equity-Swap mit der Sparkasse Mittelthüringen (2.000.000 EUR); Personalanpassung von 187 auf 162 Mitarbeiter; sowie eine StaRUG-Restrukturierungslösung mit den Hauptgläubigern.

IV. Anlagen

Anlage 1: 13-Wochen-Liquiditätsplan (Stand: 28. April 2026)

Anlage 2: IDW-S-6-Gutachten (Auszug, 87 Seiten)

Anlage 3: Bescheinigung gemäß § 270d Abs. 1 S. 2 InsO

Anlage 4: Eigenverwaltungsplan gemäß § 270a InsO

Anlage 5: Sachwaltervorschlag RA Dr. Henrik Sonnenschein mit Unbedenklichkeitserklärung

Anlage 6: Handelsregisterauszug (aktuell)

Anlage 7: Gesellschaftsvertrag und Vollmachten

Erfurt, 5. Mai 2026

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht

RA Dr. Maximilian Drosselberg

(Bevollmächtigter der Antragstellerin)

Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht

Quellen und Rechtsgrundlagen: § 270d InsO (<https://dejure.org/gesetze/InsO/270d.html>), § 18 InsO (<https://dejure.org/gesetze/InsO/18.html>), IDW S 6 Stand 16.09.2022

Datei: docx/starug_anzeige_restrukturierungssache.docx

DROSSELBERG & PARTNER INSOLVENZRECHT

Juri-Gagarin-Ring 55 | 99084 Erfurt | Tel.: 0361/430 87-0

An das Amtsgericht Erfurt – Restrukturierungsgericht – Domplatz 1 99084 Erfurt

Erfurt, 5. Mai 2026

In der Restrukturierungssache Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG – Schuldnerin –

ANZEIGE DER RESTRUKTURIERUNGSSACHE gemäß § 31 StaRUG

Hiermit zeige ich namens und in Vollmacht der Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG (HRA 4471, AG Erfurt), vertreten durch die Komplementärin Großbach Verwaltungs-GmbH, Geschäftsführer Friedhelm Großbach und Bertha Großbach-Riemenschneider, die Inanspruchnahme des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens gemäß § 31 Abs. 1 StaRUG an.

I. Angaben zur Schuldnerin (§ 31 Abs. 2 StaRUG)

Firma: Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG HRA 4471, Amtsgericht Erfurt Anscharstraße 14, 99084 Erfurt Geschäftsführung: Friedhelm Großbach, Bertha Großbach-Riemenschneider

II. Drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 32 StaRUG)

Die Schuldnerin ist drohend zahlungsunfähig im Sinne des § 32 StaRUG i.V.m. § 18 InsO. Ohne Restrukturierungsmaßnahmen ist innerhalb von 24 Monaten mit Zahlungsunfähigkeit zu rechnen. Die beigefügte Planbescheinigung (Anlage 1) bestätigt diese Prognose. Hauptursachen sind der Rückgang der Auftragslage im Automobilzuliefersektor infolge der Elektromobilitäts-Transition sowie die Energiekostenexplosion 2022–2025.

III. Beabsichtigte Instrumente (§ 29 StaRUG)

1. Restrukturierungsplan gemäß §§ 2–72 StaRUG (Planentwurf wird binnen 4 Wochen vorgelegt)
2. Stabilisierungsanordnung gemäß §§ 49–59 StaRUG (Vollstreckungssperre gg. Aluminium Stade und Magnesium Voß)
3. Planbegleitende Vorprüfung gemäß § 46 StaRUG

IV. Betroffene Gläubiger

Gruppe 1 – Gesichert: Sparkasse Mittelthüringen (4.800.000 EUR) Gruppe 2 – Großlieferanten: Aluminium Stade (890.000 EUR), Magnesium Voß (340.000 EUR) Gruppe 3 – Öffentlich: Finanzamt Erfurt (312.000 EUR) Gruppe 4 – Nachrangig: Friedhelm Großbach, Gesellschafterdarlehen (220.000 EUR)

Erfurt, 5. Mai 2026

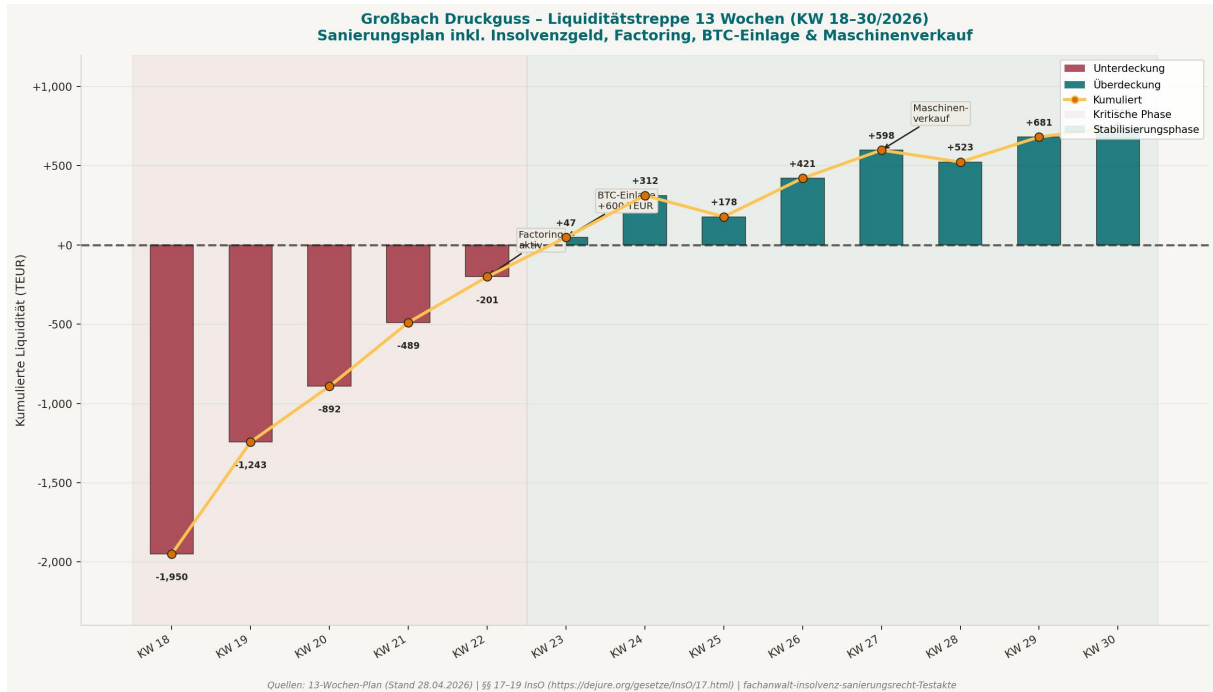
RA Dr. Maximilian Drosselberg

Drosselberg & Partner Insolvenzrecht

Rechtsgrundlage: §§ 31, 32 StaRUG (<https://dejure.org/gesetze/StaRUG/31.html>)

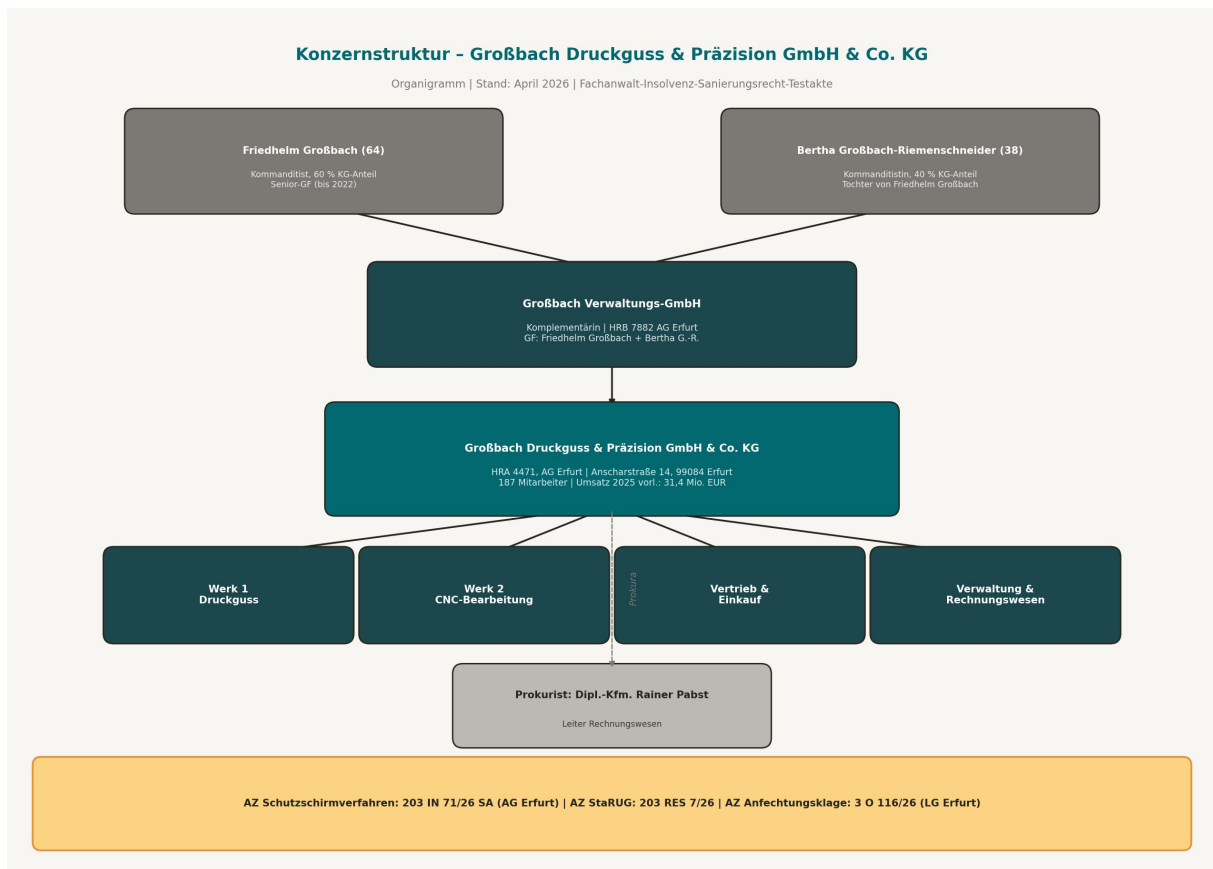
Bildanlagen und Screenshots

Datei: jpg/liquiditaetstreppe_diagramm.jpg



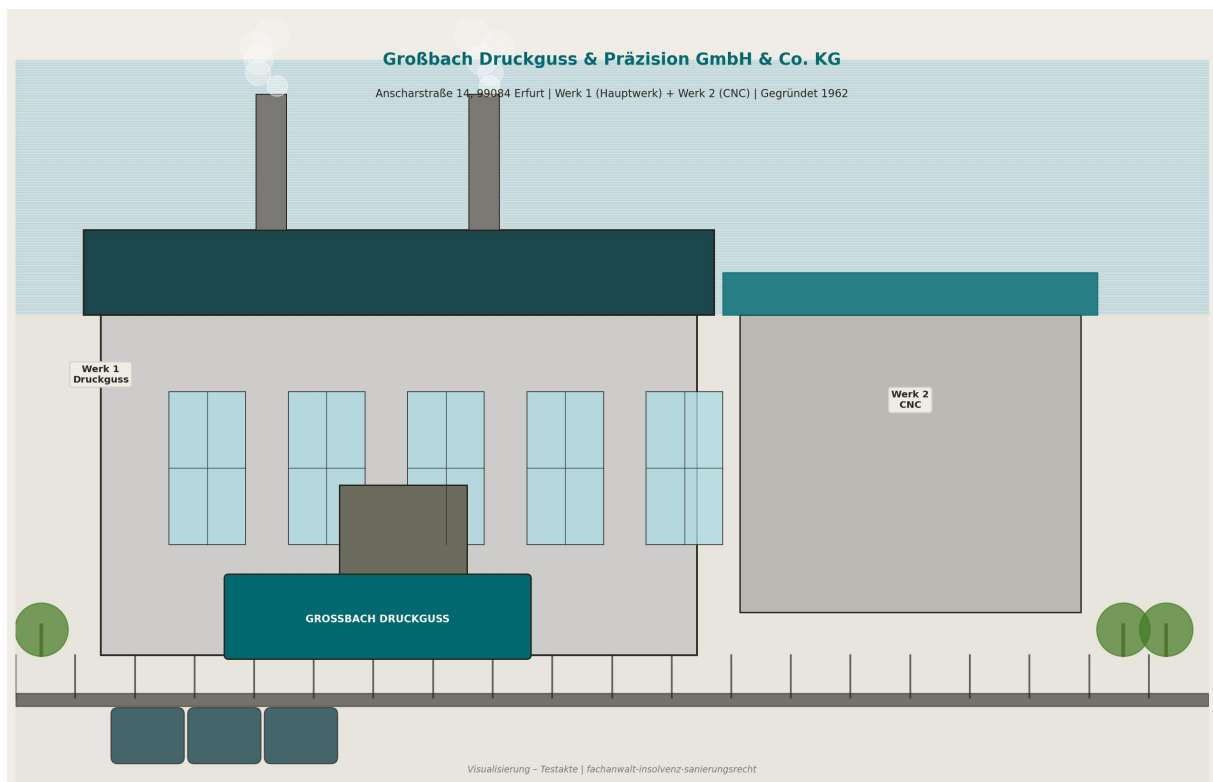
Bilddatei: liquiditaetstreppe_diagramm.jpg

Datei: jpg/organigramm_konzern.jpg



Bilddatei: organigramm_konzern.jpg

Datei: jpg/werksansicht_grossbach_erfurt.jpg



Bilddatei: werksansicht_grossbach_erfurt.jpg

PDF-Anhang: pdfs/sanierungskonzept_auszug_idw_s6.pdf

Datei: sanierungskonzept_auszug_idw_s6.pdf

Sanierungskonzept (Auszug) nach IDW S 6

Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG, Erfurt

Erstellt von: Drosselberg & Partner Insolvenzrecht / WSP Wirtschaftsprüfung Erfurt GmbH | 2. Mai 2026

Standard: IDW S 6 – Anforderungen an Sanierungskonzepte, Stand 16.09.2022

1. Zusammenfassung der Sanierungssituation

Die Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG befindet sich in einer drohenden Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 18 InsO. Das Unternehmen ist nach eingehender Analyse sanierungsfähig und sanierungswürdig. Das vorliegende Konzept zeigt auf, wie durch eine Kombination aus operativen, finanziellen und strukturellen Maßnahmen die Sanierungslücke von ca. 4,5 Mio. EUR geschlossen und das Unternehmen nachhaltig stabilisiert werden kann.

2. Wirtschaftliche Kennzahlen 2021–2025

Kennzahl	2021	2022	2023	2024	2025 (vorl.)
Umsatz (Mio. EUR)	43,1	45,8	47,2	39,8	31,4
EBITDA (Mio. EUR)	4,2	3,9	3,6	0,8	–1,4
EBITDA-Marge (%)	9,7 %	8,5 %	7,6 %	2,0 %	–4,5 %
Eigenkapital (Mio. EUR)	8,1	8,6	7,9	6,4	4,2
Mitarbeiter (Ø)	201	198	192	189	187
Energiekosten (Mio. EUR)	1,2	1,6	2,2	3,1	3,0

3. Krisenursachenanalyse (IDW S 6, Abschn. 3.4)

Energiekostenexplosion (exogen): Die Energiekosten stiegen von 1,2 Mio. EUR (2021) auf 3,1 Mio. EUR (2024), ein Anstieg von 158 %. Der Druckgussprozess erfordert konstante Hochtemperaturschmelzen und ist besonders energieintensiv.

Automobilstrukturwandel (exogen/strukturell): Volkswagen Sachsen und ZF Sachsen haben Bestellvolumina für konventionelle Antriebskomponenten seit 2023 um 38 % bzw. 29 % reduziert. Neue Aufträge im Bereich E-Mobility-Strukturteile konnten den Rückgang nicht kompensieren.

Investitionsstau (endogen): Aufgeschobene Ersatzinvestitionen 2020–2023 führten zu erhöhten Ausschussraten und Liefertreue-Problemen gegenüber Siemens Mobility.

4. Wesentliche Sanierungsmaßnahmen

Maßnahme	Typ	Effekt (EUR)	Zeitraum
Insolvenzgeld (Bundesagentur f. Arbeit)	Liquidität	1.869.000	Mai–Jul. 2026

Maßnahme	Typ	Effekt (EUR)	Zeitraum
Factoring Eurofactor GmbH	Liquidität	800.000	ab Mai 2026
BTC-Liquidierung Gesellschafter	Eigenkapital	600.000	Jun. 2026
Maschinenverkauf (3 Anlagen)	Asset-Verwertung	1.200.000	Jun.–Jul. 2026
Debt-to-Equity-Swap Sparkasse	Entschuldung	2.000.000	Q3/2026
Personalanpassung 187 → 162 MA	OPEX-Reduktion	910.000 p.a.	bis Dez. 2026
Energiekostenoptimierung (PV)	OPEX-Reduktion	480.000 p.a.	ab Q4/2026
Siemens Pönale-Vergleich	Risikoreduzierung	max. –950.000	bis Jun. 2026

5. Drei-Szenarien-Analyse (2026–2028, Basis EBITDA Mio. EUR)

Szenario	EBITDA 2026	EBITDA 2027	EBITDA 2028	Liquidität 31.12.2026
Optimistisch	+0,8 Mio.	+3,1 Mio.	+4,2 Mio.	+1,4 Mio. EUR
Basis	–0,3 Mio.	+1,9 Mio.	+3,1 Mio.	+0,6 Mio. EUR
Pessimistisch	–1,2 Mio.	+0,4 Mio.	+1,8 Mio.	–0,2 Mio. EUR

6. Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit

Das Unternehmen ist nach den vorliegenden Analysen sanierungsfähig. Die wesentliche Sanierungslücke (ca. 4,5 Mio. EUR) kann durch Kombination der beschriebenen Maßnahmen geschlossen werden. Das Basisszenario führt ab 2027 zu positiven Cashflows. Die Sanierungswürdigkeit ergibt sich aus der regionalen Bedeutung (187 Arbeitsplätze, Erfurt) und der systemischen Relevanz des Unternehmens für die Automobilzulieferkette in Mitteldeutschland.

Quellenangaben: IDW S 6 (Stand 16.09.2022) | § 18 InsO: dejure.org/gesetze/InsO/18.html | § 270d InsO: dejure.org/gesetze/InsO/270d.html

Erstellt von: RA Dr. Maximilian Drosselberg, Drosselberg & Partner Insolvenzrecht, Erfurt | WP Hans-Dieter Kleemann, WSP
Wirtschaftsprüfung Erfurt GmbH | 2. Mai 2026

PDF-Anhang: pdfs/sparkasse_kk_kuerzung_schreiben.pdf

Datei: sparkasse_kk_kuerzung_schreiben.pdf

Sparkasse Mittelthüringen – Kreditanpassung

Sparkasse Mittelthüringen

Anstalt des öffentlichen Rechts | Bahnhofstraße 34 | 99084 Erfurt

Tel.: 0361 / 555 0 | www.sparkasse-mittelthueringen.de

Erfurt, 15. April 2026

Großbach Druckguss & Präzision GmbH & Co. KG
z. Hd. Friedhelm Großbach
Anscharstraße 14
99084 Erfurt

Betreff: Anpassung Ihrer Kontokorrentlinie – Kreditvertrag Nr. 2022-KK-4471

Sehr geehrter Herr Großbach,

mit diesem Schreiben teile ich Ihnen namens der Sparkasse Mittelthüringen eine notwendige Anpassung Ihrer bestehenden Kontokorrentlinie mit.

Aktuelle Kreditdaten:

Kreditposition	Bisheriger Wert	Neuer Wert (ab heute)
KK-Kreditlinie	4.800.000 EUR	2.000.000 EUR
Beleihungsgrenze Grundschuld	3.500.000 EUR	3.200.000 EUR (Neugutachten)
Bürgschaft Friedhelm Großbach	1.500.000 EUR	Unverändert
Zinssatz KK	4,25 % p.a.	Unverändert

Begründung:

Die Anpassung ist erforderlich, weil die in § 12 Abs. 3 des Kreditvertrags vom 12. März 2022 vereinbarte Mindest-EBITDA-Marge von 2,0 % unterschritten wurde. Gemäß den von Ihnen eingereichten vorläufigen Zahlen für das Geschäftsjahr 2025 weist Ihr Unternehmen ein negatives EBITDA von –1,4 Mio. EUR aus (Marge: –4,5 %). Dieser Covenant-Verstoß verpflichtet die Sparkasse aus aufsichtsrechtlichen Gründen (MaRisk, CRR/CRD), die Kreditlinie risikoadäquat anzupassen.

Die Kürzung ist mit sofortiger Wirkung (15. April 2026) gültig. Der verbleibende Rahmen von 2.000.000 EUR steht Ihnen uneingeschränkt zur Verfügung. Wir bitten Sie, uns bis zum 15. Mai 2026 ein aktuelles Sanierungskonzept und einen 13-Wochen-Liquiditätsplan vorzulegen.

Weitere Schritte:

Nr.	Maßnahme	Frist	Verantwortlich
1	Vorlage Sanierungskonzept (IDW S 6)	15.05.2026	Großbach / Berater
2	Vorlage 13-Wochen-Liquiditätsplan	15.05.2026	Großbach / Berater
3	Gespräch Firmenkundenberater (Termin)	10.05.2026	H. Krause
4	Aktuelles Immobiliengutachten Betriebsgrundstück	25.05.2026	Großbach
5	Entscheidung Kreditlinie (nach Konzeptvorlage)	30.05.2026	Sparkasse intern

Wir sind uns der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Schritts für Ihr Unternehmen und die Region bewusst. Als langjähriger Bankpartner der Großbach-Familie (seit 1972) möchten wir gemeinsam mit Ihnen eine tragfähige Lösung erarbeiten.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hendrik Krause

Firmenkundenberater | Sparkasse Mittelthüringen

Tel.: 0361 / 555 22-41 | Hendrik.Krause@sparkasse-mittelthueringen.de

Rechtliche Hinweise: Dieses Schreiben ergeht auf Grundlage der Kreditvertragsbedingungen (§ 12 Abs. 3 Kreditvertrag Nr. 2022-KK-4471) sowie der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach MaRisk (BA 6/2023) und CRR Art. 178. | Quellen: § 17 InsO: dejure.org/gesetze/InsO/17.html